

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des „Korr.“: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 26. Oktober 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Vertäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 123.

## Das Abonnement auf den „Korrespondent“

kann monatlich, zweimonatlich und vierteljährlich bewirkt werden, und zwar nur bei der Post. Die Bestellungen sind rechtzeitig aufzugeben, da Nachlieferungen nicht stattfinden. Wer sich über die Vorgänge auf allen Gebieten des Buchdruckgewerbes in Deutschland und im Ausland auf dem schnellsten Wege unterrichten will, muß Leser des dreimal wöchentlich erscheinenden „Korr.“ sein. Das Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ist das älteste Gewerkschaftsblatt in Deutschland. • Ein Buchdruckergehilfe ohne den „Korr.“ hat seine Zeit nicht begriffen. Bezugspreis nur 22, 44, 65 Pf. (ohne Bestellgeld).

## Zur Situation!

Die Aufnahme des neuen Tarifs gestaltet sich in den Versammlungen weiter ziemlich widerspruchsvoll. Eine in Weimar abgehaltene Versammlung der Bezirke Gera, Naumburg, Jena und Weimar nahm gegen ganz wenige Stimmen eine Resolution an, die sich mit dem Beschlossenen einverstanden erklärt und den Gehilfenvertretern Dank und Anerkennung ausdrückt. In Chemnitz bebauerte man, daß die Gehilfenforderungen nicht höflich erfüllt worden sind; die Schwierigkeit der Situation würde aber anerkannt und den Gehilfenvertretern attestiert, daß sie ihre Schuldigkeit getan haben. Altenburg und Bremen erklärten sich im großen und ganzen einverstanden mit dem Ergebnisse. Der Bezirk Mecklenburg-Südwest brachte zum Ausdruck, daß die leidigen Verhältnisse stärker gewesen wären als der Wille der Gehilfenvertreter und konstatierte mit Genugtuung den glücklichen Ausgang der Verhandlungen. Rostock erklärte sich einmütig von dem Erreichten befriedigt. Eine in Meise abgehaltene Bezirksversammlung erachtete die Zugeständnisse als nicht ausreichend, würdigte aber die obwaltenden Schwierigkeiten und die Arbeit der Gehilfenvertreter. In Röslin erklärte man sich im großen und ganzen mit dem Tarifabschlusse zufrieden. Die Mitteloberschleife Potsdam erkannte die schwierige Lage der Gehilfenvertreter an. Neumünster, in welcher Versammlung 15 Druckorte vertreten waren, erklärte sich in Anbetracht der außerordentlichen Schwierigkeiten mit dem Ergebnis einverstanden. Im Gau Hannover hat der neue Tarif im allgemeinen eine günstige Aufnahme gefunden. Dresden (auch die Provinzorte waren gut vertreten) erklärte sich hingegen nicht befriedigt. In Danzig nahm man den gleichen Standpunkt ein. Die am 22. Oktober fortgesetzte Versammlung in Stuttgart nahm eine scharfe Resolution gegen die Abmachungen an, wobei die Gehilfenvertreter und die Redaktion des „Korr.“ besonders schlecht fortkommen.

Der neue Sechsmaschinentarif ist uns soeben zugegangen und gelangt in der nächsten Nummer zur Veröffentlichung.

Eine Prinzipalversammlung in Stuttgart, die aus ganz Württemberg, aus Baden und aus der Pfalz besetzt war, erachtete die den Gehilfen gemachten Zugeständnisse als sehr weitgehende und das Gewerbe schwer belastende.

In Bündlerversammlungen, die selbstverständlich von unsern Mitgliedern gemieden werden, kommt die „christliche“ Gesinnung dieser Leute durch Herabwürdigung der Tarifverhandlungen und der Gehilfenvertreter im Besonderen zum Ausdruck. Wegen Raummangels kann die entsprechende Antwort erst in unserer nächsten Nummer erfolgen.

## Unter einem andern Gesichtswinkel.

Unser diesmaliger Tarifabschluß ist, wie die darüber veröffentlichten Preßstimmen es ausweisen, im allgemeinen als ein unter recht schwierigen Umständen erzielter annehmbarer Erfolg aufgenommen worden. Die Tagespresse bekundete ihre Freude, daß der Friede im Gewerbe wieder gesichert werden konnte, mit einem Nachdruck, daß man deutlich das Aufatmen über die Hinfälligkeit der getroffenen Vorbereitungen heraushören konnte. Wenn die Solidarität auch manchen Zeitungsverleger zwang, die Kriegsrüstungen als eine Unvermeidlichkeit zu betrachten, so ist es doch Tatsache, daß selbst große Zeitungen nicht immer ohne weiteres dafür zu haben waren. Und wenn sie es weniger aus Rücksicht auf ihr Personal taten, um so stärker waren Konkurrenzbedenken für sie maßgebend. Daß das Vorhandensein von über 80 sozialdemokratischen Tageszeitungen keine nebensächliche Rolle dabei spielte, ist uns ebenso bekannt, wie wir dieses Moment auch sonst noch zu schätzen wissen. Man war in den anscheinend so stark gerüsteten Kreisen der Zeitungsverleger — von einigen Kampfhähnen abgesehen — also doch froh, als die Kriegsgefahr beseitigt war. Denn wie auch der Ausbruch eines Kampfes sich gestaltet hätte, selbst ganz große Blätter hätten unter den Nachwirkungen zu leiden gehabt, und es wäre nicht nur die „böte Konkurrenz“ gewesen, die in der Folgezeit noch manches Unbehagen nicht gerade wenigen Zeitungsverlegern bereitet haben würde. Darum auch finden sich in der Tagespresse bedauernde Betrachtungen über den materiellen Effekt der Tarifrevision nicht allzu häufig. Auf Grund anderer Informationen wissen wir jedoch, daß die Zeitungsverleger nichts weniger als erbaut sind von dem Ergebnisse der Verhandlungen. Man hatte geglaubt, die Zugeständnisse auf technischem Gebiete nicht so teuer erkaufen zu brauchen; andererseits bestand aber auch die Erwartung, daß die „Entfesselung der Maschine“ in einem weiteren Umfange zu erreichen gewesen wäre. Wieder andre dachten nur nach einer Richtung etwas bewilligen zu müssen. So schrieb das „Memminger Volksblatt“: „Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung sind zwei Paar Schuhe. Nur so zu! Wohin sollen solche Doppelforderungen noch führen?“ So leichtwiegend, wie in den Versammlungen auf unserer Seite immer noch die den Prinzipalen abgerungenen Zugeständnisse hingestellt werden, wird in Prinzipal- resp. Zeitungsverlegerkreisen die Sache denn doch nicht beurteilt. Und die Phrase, daß mit den Verschlechterungen für die Sechsmaschinenarbeit alles ausgeglichen wäre und mehr als das, findet drüben recht erlauchte Gesichter.

In der Fachpresse begegneten wir, soweit bestimmte Blätter nicht von vornherein für eine objektive Wertung außer Betracht bleiben infolge ihrer Stellungnahme zur Tarifgemeinschaft oder zum Verband, einer durchweg günstigen Beurteilung, allerdings unter fast allgemeiner Hervorhebung der diesmal zu überwinden gewesenen Schwierigkeiten.

Die Gewerkschaftspresse hat nach den bisherigen Verlautbarungen die Tarifverhandlungen von einer höheren Warte gewürdigt, als es vielfach in unsern Kreisen geschieht. Wo jedoch ein Wenn und Aber laut wurde, kam immer sogleich die loyale Ein-

schränkung, es sei freilich zu berücksichtigen, daß durch die Ausbreitung des Tarifs über das ganze Reich eine Einheitlichkeit in den Arbeitsverhältnissen und des Standards des Buchdruckers gewährleistet wäre wie selten oder nirgends anderswo. Man hat uns nun bedeutet, wir messen diesen Auslassungen einen zu großen Wert bei. Aber das ist nicht richtig. Wir haben noch niemand das Recht freitig gemacht — und können es ja auch gar nicht —, als Fernerstehender über unsere Angelegenheiten zu urteilen. Wohl aber ist von uns zur Voraussetzung gemacht worden, daß solche Beurteilungen nur den Zweck verfolgen dürfen, in streng objektiver Weise Vorgänge zu besprechen, die für die Öffentlichkeit allgemeines Interesse besitzen, und über schwierige Fragen, die richtig zu behandeln nur der Eingeweihte versteht, lediglich referierend zu berichten. Es sollte also ohne weiteres der Grundsatz gelten, daß Schwierigkeiten zu bereiten ausgeschlossen sein müsse. So haben wir andern gewerkschaftlichen und politischen Organisationen gegenüber gehandelt, und so erwarten wir es auch vice versa. In unsern Kreisen ist aber so häufig gerade das als das Richtige und als höhere Weisheit aufgenommen worden, was Dritte, mit unsern komplizierten gewerblichen und tariflichen Verhältnissen Unkundige über irgendwelche Vorgänge bei uns oder bei irgendeiner Gelegenheit zu schreiben für gut fanden. Es ist also einfach zu verwundern, warum wir Meinungen, die auf besserer, wenn auch keineswegs immer genügender Kenntnis der Dinge fußen, nicht mit Fug und Recht für uns reklamieren sollten.

Die sozialdemokratische Presse hat diesmal große Zurückhaltung gezeigt und nur referierend über die Tarifverhandlungen, ihr Ergebnis und dessen Aufnahme berichtet. 1906 und 1896 war das ganz anders, und wie zwischen durch der Hase lief, hat man erst vor einigen Wochen bei dem Scherl-Konflikt gesehen, der einen Teil der Parteipresse wieder in der alten Weise tätig sah. Wenn nun bei der Tarifrevision von 1911 sich ein stark verändertes, und zwar ein zum Vorteile gegen früher verändertes Bild zeigt, so ist das erfreulich und der „Korr.“ ist nicht der letzte, der diesen Umchwung gern anerkennt. In diesen Bahnen hätte sich schon immer eine Beurteilung wichtiger Vorgänge in unserm Gewerbe oder in andern Gewerkschaften ermöglichen lassen können. Daß es nicht an uns und auch nicht an der Gewerkschaftspresse gelegen hat, eine sachliche Würdigung der gewerkschaftlichen Arbeit und des Erreichens als Hauptfordernis vorangestellt zu sehen, ist ja bekannt. Wir wollen nur wünschen, daß an dem jetzigen friedlichen Modus mehr Gefallen gefunden wird als an dem früheren Zustande permanenten Krakeels. Wir an unserm Teile werden bemüht sein, daß es auch ferner ohne Fenster einwerfen geht.

Der Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ über unsere Tarifrevision trägt zwar keine in diesem Sinne vielversprechende Überschrift. Aber wenn ein streng marxistisches Blatt über „Lohnerhöhung und Verelendung“ schreiben will, so weiß man schon, wo es hinaus will. Es ist ein Unterschied, ob die neuen tariflichen Vereinbarungen der Buchdrucker vom gewerkschaftlichen oder vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus beurteilt werden, und

nach etwas anders ist es, wenn das unter dem marxistischen Gesichtswinkel geschieht. Von welcher Seite aus die Kritik aber eingeleitet sein möge, bleibt sie im Rahmen der Sachlichkeit und vermeidet sie schiefe Auffassungen zur Grundlage zu nehmen, dann hat sie auch für den Wert, der anderer Ansicht ist und diese für richtiger hält.

Die „Leipziger Volkszeitung“ bezweifelt nicht, daß die Gehilfenvertreter die Sache ihrer Mandanten mit allem Eifer geführt haben. Sie hätten sicherlich das ganze Tatsachenmaterial in bezug auf die Teuerung zusammengetragen und damit den Beweis für die Berechtigung weitergehender Lohnforderungen genügend erbracht. So weit stimmt alles: Die Gehilfenanwälte haben die Interessen ihrer Partei gar nicht nachdrücklicher vertreten sowie die Befürchtungen einer Verschlechterung des Lebensstandards der Buchdrucker nicht überzeugender dargun können. Ergänzend könnte nur noch bemerkt werden, daß der Mangel einer genauen, auf einen größeren Zeitraum zurückführenden Lebensmittelftatistik sich bei den Tarifberatungen sehr fühlbar gemacht hat. Denn wie im allgemeinen schon über den Grad der Teuerung die Meinungen auseinandergehen, so werden Unternehmer, die mit ihren Arbeitern einen neuen Tarifvertrag abzuschließen im Begriffe stehen, wohl schwerlich allen Verstärkungen der Gegenseite so ohne weiteres Glauben schenken. Sie werden vielmehr, und tatsächlich ist es überall so gewesen bei derartigen Verhandlungen, anderer Ansicht über die Höhe und die Dauer der eingetretenen Teuerung sein.

Wenn daher die „R. B.“ schreibt, wäre es nach Treu und Glauben gegangen, dann hätten die Prinzipale diese Forderungen auch bewilligen müssen, denn die Arbeiter könnten doch 1916 nicht schlechter gestellt sein als 1907, so kommt darin ein Gesichtspunkt zur Entwicklung, der wohl etwas für sich, mehr aber noch gegen sich hat. Vorausgehend ist in dem Artikel schon ausgeführt, daß die 10 Proz. keinen Ausgleich schaffen für die wirkliche, durch den Zolltarif und die Reichsfinanzreform nicht zuletzt herbeigeführte Verteuerung des Lebensunterhalts. Die Kaufkraft des in Zukunft zu erhaltenen Lohnes von 33 Mk. sei geringer als die über bisherigen 30 Mk. Der Reallohn wäre eben nicht gestiegen, eine weitere Verschlechterung werde die Folge sein; die Unzufriedenheit mit dem neuen Tarife sei also berechtigt.

Sehen wir einmal von dem bezeichnenden Umstand ab, daß man in diesem Sommer, als die Buchbinder ihren Dreistädtertarif um 10 Proz. erhöhen konnten, während bei uns eine allgemeine 10prozentige und zur Hälfte eine 12½prozentige Aufbesserung eintritt, solche Ausführungen nirgends, wohl aber viel über den schönen Erfolg unsrer Schwäger zu lesen bekam, so laufen diese Deduktionen auf die sogenannte relative Verelendungstheorie hinaus, die in Kautsky wohl ihren hauptsächlichsten Vertreter, in der „R. B.“ aber eine entlassene Verteidigerin findet. Die Broschüre „Der Weg zur Macht“ von Karl Kautsky und die von der Generalkommission darauf herausgegebene Gegenschrift „Sisyphusarbeit oder positive Folge?“ haben uns im vergangenen Jahre so recht offenkundig dargetan, wie unterschiedlich die Errungenschaften der Gewerkschaften Bewertung finden, daß der Parteitheoretiker unter einem ganz andern Gesichtswinkel darüber urteilt als der praktisch denkende Gewerkschaftler.

Der Parteitheoretiker hat von seinem Standpunkte recht: der Reallohn steigt nicht, sondern er ist gefallen, wie auch die Kaufkraft des Geldes eine geringere geworden ist. Demnach hätte auch ein politischer Redakteur, der 4000 Mk. Gehalt bezieht — wir wählen dieses Beispiel, weil Gewerkschaftsangehörige nicht so hoch kommen —, und in zweimaligen Zulagen von je 400 Mk. seine Bezüge auf 4800 Mk., also um 20 Proz. in fünf Jahren zu steigern in der Lage ist, sich trotz der 800 Mk. ausmachenden Aufbesserung nicht verbessert, sondern verschlechtert und würde allen Grund zur Unzufriedenheit haben. Die Konsequenz dieser Auffassung ist, daß wenn es nicht gelingt, weit bedeutendere Lohnverbesserungen zu erzielen,

von einem Vorteile nicht zu sprechen ist. Mit dieser Anschauung wäre aber nicht einmal in den sozialdemokratischen Geschäften durchzukommen, geschweige denn in Privatbetrieben. Es wäre nicht das erstemal, wenn zum 1. Januar Parteiorgane bei der Ankündigung von Abnennenerhöhungen oder beim Herausheben der Zusatzenpreise dies auf die „Lasten“, die der neue Buchdruckertarif auferlegt, zurückzuführen. Wir wissen auch, daß die Geschäftsführerkonferenzen der sozialdemokratischen Druckerei sich über den materiellen Effekt einer Tarifrevision bei den Buchdruckern nicht so leicht hinwegsetzen, als dies von den Redaktionen so gern in den Textspalten geschieht. Die Bedenken für die kleineren Blätter sind da ebenso groß, als sie von den Zeitungsverlegern im allgemeinen gehegt werden. Theorie und Praxis stimmen eben häufig nicht überein.

Der praktische Gewerkschaftler aber nimmt einen andern Standpunkt ein. Auch er empfindet, daß mit einer 10- oder mit einer 12½prozentigen Lohn-erhöhung kein voller Ausgleich geschaffen ist, sagt sich jedoch, wenn einem einzelnen — dem von uns als Beispiel angenommenen politischen Redakteur — in günstiger Position mit einer 20prozentigen Gehaltsaufbesserung seit 1907 eine tatsächliche Hebung seines Standards nicht gelungen ist, um wie viel weniger ist es möglich, für eine nahezu 65000 Köpfe starke Arbeiterschaft einen vollen Ausgleich mit der stattgehabten Verteuerung herbeizuführen? Wir müßten viel aus unsern Artikeln über „Die soziale Lage der Gehilfen“, namentlich aus den Nummern 104 und 105 hier wiederholen, wenn wir den gewerkschaftlichen Standpunkt in dieser Beziehung ausreichend argumentieren wollten. Denn während von uns geradeheraus erklärt wurde (Nr. 105): „Trotz aller Erfolge der Gewerkschaften ist seit der Era des Zolltarifs unbestritten eine relative Verschlechterung in der Lage der Arbeiter eingetreten“, und wir stets nur von einem einigermaßen möglichen Ausgleich sprachen, führten auch andre Artikelschreiber mit Überzeugung aus, daß nur noch von einem „möglichsten Ausgleich“ geredet werden könne, so hätten sich die Dinge geändert. Wenn aus dem eignen Munde der Kollegen so abgeklärte Ansichten vertreten werden wie beispielsweise in Nr. 106, worin ein Artikelschreiber ausführt, daß die abnorme Verteuerung der Lebenshaltung einen so erschreckenden Grad annimmt, daß auch der weitgehendste und günstigste Tarifabschluß gar nicht in der Lage sein kann, in Mark und Pfennig diese sprunghaften und geradezu unheimlichen Preissteigerungen in vollem Maß auszugleichen mit dem Hinzufügen, daß eine wirklich durchgreifende Hebung der Lebenshaltung der minderbemittelten Volksschichten nur dann eintreten könnte, wenn sozial einflussvolle Regierungen Hand in Hand mit wahrhaft volkfreundlichen Parteien arbeiten würden, so ist auch damit der Weg gewiesen, der uns aus einem schlimmen Dilemma zu einer geeigneten Erscheinung.

Im Gegensatz zum sozialdemokratischen Parteitheoretiker betrachten wir und mit uns jeder Gewerkschaftler jedoch die für 81,9 Proz. aller Gehilfen durchschnittlich 145,60 Mk. im Jahr ausmachende Lohnverbesserung als wenigstens eine annehmbare Teilzahlung. Könnte die für 30000 Gehilfen außerdem eintretende Steigerung der Lokalausschläge um 2½ Proz., gleich 35,75 Mk. jährlich, schon die richtige Verteilung finden auf die in den Betracht kommenden, bisher Lokalausschlagfreien Orten arbeitenden Gehilfen, und würde eine Umrechnung stattfinden können auf die an der Erhöhung der Lokalausschläge beteiligten Kollegen, so würden wir ein noch genaueres und umfassenderes Bild bekommen. So aber haben wir den Durchschnitt von den bestehenden Lokalausschlägen auf die bis dato in Lokalausschlagsorten arbeitenden Gehilfen gezogen und die 10 Proz. entsprechend verrechnet, wobei sich 145,60 Mk. als jährliche Durchschnittserhöhung ergeben. Würde also in den Lokalausschlägen keinerlei Veränderung eingetreten sein und der Durchschnittsatz der vorhandenen die übliche Umrechnung auf die 10 Proz. finden, so hätten 52466 Gehilfen gleich 81,9 Proz. aller am 1. Januar 1912 nicht eine Lohnaufbesserung von

10 Proz., sondern von 11,2 Proz. zu erwarten, denn so viel Kollegen arbeiteten im Jahre 1910 laut Tarifamtsstatistik in den 532 Druckorten, die alles in allem für die Lokalausschläge in Frage kommen. Die für noch 253 Druckorte beschlossene Neueinführung sowie die für 211 eintretende Erhöhung des Lokalauschlages um gleichfalls 2½ Proz., d. h. von weiteren 35,75 Mk. im Jahr für rund 30000 Gehilfen, bleibt hier, wie besonders gesagt werden muß, außer jedem Ansatze.

Nun ist ein sehr wichtiges Moment noch zu würdigen, nämlich, daß wir mit einer ganz ausnahmsweisen Teuerung zu rechnen haben, die ihren Grund zu einem wesentlichen Teil in der außerordentlichen Dürre dieses Sommers findet. Dieser zahlenmäßig kaum zu erfassende Grad der Lebensmittelveerteuerung wird vorübergehende, allerdings sehr schwerwiegende Bedeutung haben; was aber als der Furch einer verderblichen Zoll- und Steuerpolitik und der „Segen“ einer spekulativen Ausbeutung jeder Preissteigerung dauernd verbleiben wird, dürfte gewiß noch schlimmer genug sein. Solche außergewöhnlichen Umstände haben eben noch nie geherrscht. Darum wird, mögen die von den Gewerkschaften zu erreichenden materiellen Erfolge teilweise noch über die unfrigen hinausgehen — in einer über 96 Proz. der Gesamtarbeiterschaft eines Berufs sich ausspannenden Allgemeinheit aber nirgends — ein wirklicher Ausgleich unter solchen Umständen niemals zu ermöglichen sein, auch mittels des Kampfes nicht! Wir haben auch andre Zeiten gehabt, da hat tatsächlich eine geringere Aufbesserung des Grundlohnes mehr gewogen als heute 10 oder 12½ Proz. Erhöhung. Das Jahr 1901, also bei unsrer vorletzten Tarifrevision, wo eine Konjunkturverschlechterung schon im Anzuge und von einer besonderen Teuerung nichts zu merken, vor allen Dingen nichts nachzuweisen war, die Gehilfenvertreter aber trotzdem mit 7½ Proz. Aufbesserung heimkamen, ist das typischste Beispiel dafür. Das ist vorbei. Seitdem wir den neuen Zolltarif haben und die famose Reichsfinanzreform das Volk noch extra schröpft, gestalten sich die Tarifbewegungen und die Lohnkämpfe immer schwieriger; wobei ein anderer Umstand, nämlich die Erstarkung der Unternehmerorganisationen noch nicht einmal als die Situation verschärfend in Betracht gezogen ist. Jetzt bedeuten die Erfolge auf dem Lohngebiete wohl positive Fortschritte, nicht aber auch relative Verbesserungen.

Also Sisyphusarbeit! Wenn man streng in den Bahnen des Marxismus wandeln und mit der „Leipziger Volkszeitung“ gehen will, dann ja: Und ihr angezogener Artikel kommt denn auch zu dem unter diesem andern Gesichtswinkel logischen Schlusse:

Jedenfalls steht aber die Tatsache fest: die mächtigste gewerkschaftliche Organisation Deutschlands, und damit eine der mächtigsten der Welt, ist nicht imstande, auch nur die Verschlechterung der materiellen Lage ihrer Mitglieder zu verhindern, geschweige denn ihre Lohnforderungen durchzusetzen und so diese Lage zu heben. Nichts anderes ist es aber, was seinerzeit mit dem Ausdruck „Sisyphusarbeit“ bezeichnet wurde. Mit welcher maßlosen Wut sind damals viele Führer der Gewerkschaften über dieses Wort hergefallen! Daß diese Wut im Ertreite nach dem Ausgange des großen Kampfes im Baugewerbe und jetzt nach den bitteren Erfahrungen der Buchdrucker ihr Unrecht eingestehen, wagen wir nicht zu hoffen. Aber die große Masse der Arbeiterschaft erfährt am eigenen Leibe die bittere Wahrheit, daß keine Macht der Welt, selbst nicht die Macht der gewerkschaftlichen Organisation, ihre Lage in der kapitalistischen Gesellschaft dauernd heben kann. Die gewerkschaftliche Organisation leistet Enormes, aber sie kann nicht die Grundgesetze des Kapitalismus aufheben, sie kann nicht den Proletariaten eine einträgliche Existenz schaffen, sie kann nicht einmal die weitere Verelendung aufhalten. Niederringung der kapitalistischen Klassenherrschaft allein kann Erlösung bringen. Ein andres gibt es nicht.

Dieses parteitheoretische Cit des Columbus steht sich ja recht schön an, aber es hat doch — seine Eier! Daß die Gewerkschaftsbewegung nicht einmal die weitere Verelendung der Arbeiter aufhalten kann, ist ein starker Irrtum, der sich nur aus der alten Unhänglichkeit an die abgetane Verelendungstheorie erklären läßt. Unfre strenggläubigen Marxisten können nun einmal nicht von dieser alten Liebe lassen. Die Schlussfolgerung der „R. B.“ ist eine

nur in vorrückiger und weniger schroffer Form erfolgende neue Deklaration der Gewerkschaftsarbeit als Sisyphusarbeit. Wir meinen aber, daß wenn es einer Organisation gelungen ist, die Berufsgenossen zu fast 93 Proz. zu organisieren, und wenn es mit der von ihr als richtig anerkannten Taktik der Tarifgemeinschaft möglich war, für 96 Proz. gleichmäßig geregelte Arbeitsbedingungen mit einem immerhin weitgehenden Mitbestimmungsrechte zu schaffen, so ist das schon ein gewaltiger Fortschritt. Und daß rein materiell der Lohn um 30 Proz. — ohne die nicht unerheblichen Erhöhungen durch die Sozialzuschläge — seit dem Bestehen dieser Tarifgemeinschaft gesteigert werden konnte, spricht ganz entschieden gegen die von der „L. W.“ aufgestellte Behauptung der Unmöglichkeit, eine weitere Verelendung hintanzuhalten. Mit dem Zukunftswechsel der Erhellung bringenden Niederringung der kapitalistischen Klassenherrschaft wäre allein verdammt wenig anzufangen, ja, die als gegeben hingestellte weitere Verelendung würde dann erst wirklich zur Tatsache werden.

Legien sagte auf dem Dresdner Gewerkschaftskongresse, man könnte ja theoretisch zu der Ansicht kommen, indirekte Steuern und ein Zolltarif wie der unsrige müßten die jahrelange Arbeit der Gewerkschaften hintertreiben, soweit die materielle Lage der Arbeiter in Betracht komme. Aber, betonte er, die Auffklärung der Arbeiterkreise, die Hebung des Selbstgefühls, der Selbstachtung der Arbeiter, die nimmt uns kein Gesetz wieder weg. Aus stumpfsinnigen Arbeitstieren, die sich von den Unternehmern alles bieten ließen, hat die Gewerkschaftsbewegung in wenigen Jahren eine klassenbewußte Arbeiterchaft in geschlossenen Organisationen gemacht, die große Kämpfe mit Olympern, mit Selbstopferung führen. Das ist keine Sisyphusarbeit. Und Cohen, der bekannte Berliner Metallarbeiterführer, spann diesen Faden weiter, indem er erklärte, daß wenn es mit unsrer positiver Arbeit nicht möglich gewesen wäre, mehr zu tun als der die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechternden Gesetzgebung entgegenzutreten, „indem wir wenigstens eine Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiter herbeiführt haben“, daß das schon genügt, für jeden denkenden Arbeiter die Gewerkschaftsbewegung als notwendig erkennen zu lassen. Das sagte Cohen unter lebhafter Zustimmung des Gewerkschaftskongresses, und demgemäß ist wohl auch das allgemeine Empfinden gewesen, daß von einer Verschlechterung der Lage der Arbeiter dank des Gegenwirkens der Gewerkschaften nicht gesprochen werden kann.

Noch anschaulicher wird in der Einleitung der bereits erwähnten Broschüre der Generalkommission „Sisyphusarbeit oder positive Erfolge?“ dem Standpunkte der Parteitheoretiker und damit auch der „L. W.“ widersprochen. Wir glauben, es könnte gerade im Augenblick und in diesem Zusammenhang nichts schaden, wenn wir die Hauptsätze daraus im Wortlaute bringen, denn es läßt sich doch so manches bei Ausführungen wie den folgenden denken:

Beim Beginne der organisatorischen Betätigung der Arbeiter wird zur Gewinnung der Indifferenten das größte Gewicht auf die Kritik des Bestehenden gelegt werden müssen. Diese Kritik wird selbstverständlich auch nicht in späteren Stadien der organisatorischen Entwicklung überflüssig. Aber sie wird ergänzt durch die positive Betonung dessen, was die Solidarität der Massen zu erreichen vermöchte. Die deutschen Gewerkschaften haben sich nie mit dem bloßen Herumhantieren mit Schlagwörtern begnügt. Diese Agitationsmethode, die in syndikalistisch angehauchten Ländern üblich ist, wurde in Deutschland zum mindesten in der neueren Periode des Gewerkschaftslebens verpönt.

Heute sind kaum 25 Proz. der industriellen Arbeiterchaft Deutschlands gewerkschaftlich organisiert. Und dennoch, welchen gewaltigen Einfluß üben diese auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen aus! Für große Arbeitermassen haben sie bereits die unbegrenzte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte durch die Durchführung kollektiver Arbeitsverträge beseitigt. Diese Verträge gestalten aber die Lage des Arbeiters im Betriebe zu einer ganz andern. Er ist nicht mehr der willenlose Sklave, dem der Unternehmer und dessen Vertreter nach Gutdünken die Bedingungen diktieren, sondern er hat die Innehaltung der durch die Organisation vertraglich geregelten Arbeitsbedingungen zu fordern. Diese Umwälzung in der Position des Arbeiters innerhalb des Betriebes läßt sich nicht in Zahlen ausdrücken.

Daß sie aber bedeutsam sein muß, wird jeder Beobachter der Stellung der Unternehmer zu den Kollektivverträgen verstehen. Sehr schwer sind die Kämpfe, die um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter über ihre Arbeitsbedingungen geführt werden müssen. Das Prinzip, unbefristete Herren im Hause zu sein und zu bleiben, haben die Unternehmer bisher äußerst zähe verteidigt. Dieser Widerstand gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter beschränkt sich nicht nur auf die Unternehmer der Großindustrie und des Bergbaus, er wurde ebenso erbittert geleistet von den Industriellen.

Die Kritiker der Gewerkschaften sehen alle diese äußerst wichtigen Fragen nicht. Sie haben ausschließlich das letzte Endziel im Auge, das die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bringen soll. Dadurch verlieren sie den Boden der realen Tatsachen unter den Füßen. Sie übersehen die gewiß nicht unbedeutende Frage, wie es für die Arbeiter praktisch möglich sein soll, eine ganze Gesellschaftsordnung über den Haufen zu rennen, wo ihre Macht heute noch nicht ausgereicht hat, um nur das Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie zu erringen. Der Gewerkschaftler dagegen ist vermöge seiner täglichen Fühlung mit dem praktischen Leben gerade über die gegenseitigen Machtverhältnisse orientiert. Und da er die Kämpfe zu führen hat, nimmt er zunächst Schritt für Schritt das vor, was ihm zurzeit erreichbar erscheint. Darin sehen wir die Mißverständnisse, die sich innerhalb der Arbeiterbewegung geltend machen, daß die von dem praktischen Leben losgelösten Forscher zu sehr für die Zukunft Pläne schmieden, während die Organisationen genötigt sind, auf dem Boden der realen Gegenwart zu kämpfen.

Gegen die fatalistische Auffassung, als seien die Aussichten für die gewerkschaftliche Aktion in der Zukunft weniger erfolgversprechend und nur geringfügige Möglichkeiten vorhanden, mit den bisherigen gewerkschaftlichen Methoden Erfolge zu erringen, spricht schon die Tatsache, daß noch sehr vieles zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation zu tun ist. Große Arbeitermassen stehen noch arbeitslos. Je mehr diese gewonnen werden, je umfangreicher werden zwar die Kämpfe, je größer aber auch die gewerkschaftliche Stoffkraft.

Wäre es auf politischem Gebiete gelungen, die volksfeindliche indirekte Steuerpolitik der herrschenden Klassen abzuwehren, die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter würde sich unter dem Einflusse der gewerkschaftlichen Kämpfe der letzten 20 Jahre ganz bedeutend gehoben haben! So aber mußte unausgesetzt um einen Ausgleich zwischen den Löhnen und den durch die indirekten Steuern gesteigerten Lebensmittelpreisen gerungen werden.

Da liegt der Hase im Pfeffer! Wäre es der sozialdemokratischen Partei im Vereine mit den linksstehenden Gruppen möglich gewesen, diese volksfeindliche Steuerpolitik abzuwehren, wir ständen heute ganz anders da. Es wird leider auch noch auf lange Zeit nicht möglich sein — wir erhoffen und glauben wohl an gute Fortschritte, aber nicht an Wunderdinge bei den nächsten Reichstagswahlen —, zu einer vollständigen Parlamentsmehrheit zu gelangen. Es ist also direkt verhänglich, von Sisyphusarbeit zu sprechen, wenn derartig einschneidende Verschlechterungen der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter auf dem Wege der Gesetzgebung möglich sind. Die „L. W.“ wird also lange warten können, bis die Gewerkschaftsführer ihr sogenanntes Unrecht den Parteitheoretikern gegenüber einsehen und nun ebenfalls auf die etwas modernisierte Verelendungstheorie schwören.

Seine größere Bedeutung aber bekommt der Artikel der „L. W.“, wo die Frage der Möglichkeit und Nützlichkeit eines Kampfes auf der ganzen Linie gestellt und diese Frage sogleich als verhängnisvoll bezeichnet wird. Wir zitteren der Wichtigkeit halber den Passus wörtlich:

Kein Zweifel: die Buchdrucker verfügen über eine vorzügliche Organisation. Und wenn also die Frage des Streikbruchs unter ihnen nicht die Bedeutung haben mag, die sie für andre Berufe hat, so lauert doch bei ihren Lohnbewegungen ein fürchtbarer Feind — die Maschine! Die Druckereientnehmer, die auf die Handwerker angewiesen sind, wären ruiniert; aber die Besitzer von Segmaschinen könnten mit einigem Erfolge darauf rechnen, ihren Betrieb fortzusetzen, sie würden einige Chancen haben, Streikbrecher zu finden. Denn obwohl die Segmaschine nur in der Hand der tüchtigsten Arbeiter Grobes leistet, ist es heute nicht mehr ausgeschlossen, sie von angelernten Kräften bedienen zu lassen.

Freilich wäre damit die Frage noch nicht gelöst, denn mit der Herstellung des Satzes auf der Maschine ist erst ein Teil getan, es gehört noch dazu die Arbeit des Metteurs, des Korrektors, des Sterotypens, des Druckers, um eine Zeitung oder ein Buch herzustellen. Das alles sind Arbeiten, die nicht von dem ersten besten Mann geleistet werden können, aber unendlich

wäre die Weiterführung des Betriebes nicht. Es erscheint ein Sieg der Arbeiter insofern in Frage gestellt, als es unter solchen Umständen auf das Ausauern ankommen würde. Die kleinen Schluder wären zugrunde gerichtet, aber die großen Unternehmern würden es auf einen Kampf bis zum Weißbluten ankommen lassen. Sollte es ihnen gelingen, die Arbeiter niederzurängen, dann wäre es freilich eine vernichtende Niederlage. Es würden dann die Sieger die bestehenden Verhältnisse in bezug auf das Bezahlungswesen, auf die Maschinenarbeit (Bedienung der Segmaschinen nur durch gelernte Buchdrucker) revolutionieren und mit der Stellung der Buchdrucker, die im gewissen Sinn eine Sonderstellung innerhalb der Arbeiterschaft ist, wäre es vorbei.

Wie gesagt: der Sieg des Unternehmertums in diesem Kampfe ist nicht ohne weiteres wahrscheinlich, aber er ist nicht absolut ausgeschlossen. Für die Arbeiterschaft aber steht sehr viel auf dem Spiele! So erklären wir uns die Haltung der Vertreter der Arbeiter, die die Verantwortung für einen Kampf unter diesen Umständen nicht glauben übernehmen zu dürfen und in den Vertrag willigten, trotzdem er nicht befriedigend kann.

Wir müssen gestehen, hier ist in lapidaren Worten die ganze Schwierigkeit der diesmaligen Tarifrevision gezeichnet. Und insonderheit die Sparten und unter diesen wieder die Maschinen-seher müßten doch wohl einsehen, daß die Welt sich noch etwas anders malt als in ihren Köpfen. Uns haben die von der „L. W.“ entwickelten Gedanken sogleich beschäftigt, aber wir wollten sie nur im äußersten Fall zum Ausdruck bringen. Nun hat uns die „L. W.“ vorgegriffen und — es schadet nicht!

Der diesen Artikel geschrieben hat, ist zwar ein Theoretiker, aber hier steht er die Dinge, wie sie liegen, besser als auf dem Lohngelände. Und das erklärt sich daraus, weil vom marxistischen Standpunkte die bei uns — aber in diesem Fall auch in andern Gewerkschaften noch — bestehende Regelung des Bezahlungswezens sowie die die ungelerten Kräfte von der Maschinenbedienung ausschließenden tariflichen Bestimmungen als unstatthafte Schranken und angemachte Reservatrechte betrachtet werden.

Wir erinnern uns noch sehr gut des Streites um die Rotationsmaschine. — Die Gölitzer Metallarbeiter reklamierten sie erst in diesem Frühjahr wieder durch einen Antrag an ihre Generalversammlung auch für ihren Beruf! — und hören noch das Wort Bünstler durch die Luft schwirren. Die „Entfesselung der Maschine“ ist also letzten Endes einmal eine ureigene Anschauung moderner Unternehmerratsicht bei unsern Prinzipalen und direktes Glaubensbekenntnis unsrer Scharfmacher, sondern auch auf einem ganz andern Flügel stehende Kreise zeigen da eine ziemlich große Seelenverwandtschaft, wenn die Motive auch abweichende sind.

Es ist auch unsre Meinung, daß wir bei einem ungünstig verlaufenen Kampfe zunächst die wertvollen und in ihrer Bedeutung gar nicht richtig gewürdigten Sonderbestimmungen für die Sparten loswerden würden. Was das gerade für die Maschinen-seher zu besagen hätte, wollen wir nicht einmal andeuten. Aber auch die Drucker würden ihre Position verschlechtern.

Die Chancen eines Kampfes müssen heute sorgfamer abgewogen werden als je, denn die prozentuale und die finanzielle Stärke einer Organisation hat nicht mehr die ausschlaggebende Bedeutung als früher. Die Gewerkschaften und auch wir Buchdrucker stehen einem wohlgerüsteten Unternehmertume gegenüber, und keiner Gewerbegruppe wird ein größeres Interesse zugewendet als unsern Prinzipalen. Die Scharfmacher sehen alles daran, von ihren schönen Grundätzen wenigstens etwas auf unser Gewerbe zu übertragen, denn der Zustand der parlamentarischen, auf der Basis der Gleichberechtigung beruhenden Regelung der Arbeitsverhältnisse ist ihnen ein Grauel. Wie schon vor 20 Jahren die weitgehendste Solidarität des Unternehmertums unsre Prinzipale auf ihrem Kriegszuge gegen unsern Verband begleitete und der Kampf gegen den Neunstundentag zu einer allgemeinen Sache der Arbeitgeberverbände werden konnte, so würde ein jetzt ausbrechender Kampf im Buchdruckgewerbe von dem gesamten Unternehmertum eine Unterstützung finden, wogegen wir mit unsern Macht- und Geld-

mitteln einen schweren Stand haben würden. Wenn schon die „R. B.“ die Frage der Ausdauer bei einem solchen, an Heftigkeit wohl kaum zu über-treffenden Kampfe nachdrücklich hervorhebt, um wie viel mehr mußte sich die Gehilfenvertretung von Bedenken dieser Art leiten lassen? Die „Dresdner Volkszeitung“ sagt ganz richtig über die dortige Versammlung unserer Kollegen: „Wir glauben aber nicht, daß sie, wenn es sich darum gehandelt hätte, den Streik trotz der zehnprozentigen Lohnerhöhung zu beschließen, diesen Schritt getan hätten.“ Nach unserm Dafürhalten bringt das sozialdemokratische Organ in Dresden damit das allgemeine Empfinden zum Ausdruck. Auch in Stuttgart, wo man im Verurteilen des Tarifabschlusses und im Verdammen der Gehilfenunterschändler das Erdenklichste fertiggebracht hat, dürfte diese Ansicht trotz der gepfefferten Resolution die überwiegende sein.

Die Gehilfenvertreter und die Verbandsleitung aber hatten, wenn sie die Verhandlungen abgebrochen hätten, nicht bloß die Möglichkeit einer Niederlage mit ins Auge zu fassen, denn ein gewiegter Strategie muß mit beiden Eventualitäten rechnen, sondern sie mußten auch die Chancen nach einem Kampf abwägen. Wenn die „R. B.“ schreibt, daß bei unsern Tarifbewegungen die Maschine als fürchtbarer Feind lauert, so weiß niemand besser als die Vertretung der Kollegenschaft, daß dem so ist. Und weil wir wissen, daß wir in dieser Beziehung auch bei einem Kampfe nichts Besseres holen könnten, daß wir aber hier sehr viel verlieren können, so hat das Verantwortlichkeitsgefühl alle Beteiligten gezwungen, einen annehmbaren Frieden einem zweifelhaften Kampfe vorzuziehen. Vielleicht wirkt das, was die „R. B.“ im vorstehenden so ungeschminkt sagt, mehr als die „Schönfärberei“ und die „Flaumacherei“ des „Korr.“, der jetzt wieder den Bräutigamen abgeben muß.

Wir können die Darlegungen der „R. B.“ also nur der weitesten Beachtung empfehlen. Sind sie auch unter einem andern Gesichtswinkel geschrieben und muß man als Gewerkschaftler die Lohnfrage auch anders beurteilen, so treffen sie doch gerade in den Bedenken nach der maschinellen Seite den Nagel auf den Kopf. Und da lautet das logische Fazit nur: Es konnte im allgemeinen Interesse der Gehilfen nicht anders gehandelt werden! Deswegen muß, was von uns fast in jeder Nummer nach den Tarifverhandlungen betont worden ist, das Gesamtinteresse über alle besonderen Interessen gestellt werden, und wenn es speziell den Maschinenfeuern schwer fällt, so werden sie bei ruhiger Überlegung und nach reiflichem Nachdenken des Artikels in der „R. B.“ sich doch sagen müssen, daß bei diesem Ausgange der Tarifverhandlungen ihre Position immer noch besser gewahrt worden ist, als wenn bei einem Kampf ihre besonderen tariflichen Bestimmungen hätten auf eine Karte gesetzt werden müssen.

## Das Buchgewerbe im Auslande.

**Frankreich.** Wenn die Natur so langsam schlafen geht, dann erwacht Paris von seinem Sommerflusse. Ergeben sich nun bereits die traditionelle „Rentree“ — die Wiederbelebung — der Metropole vollzogen hat, ist in unserm Verufe nichts von keimendem Leben zu spüren. Die Pilgerfahrt, die jeden Morgen nach der Rue de Savoie zieht, um ein bis zwei Stunden in dem dunklen Ladenlokal mit den drei Holzbänken wie in einem Heringsfasse zu verbringen, zählt selten unter Hundert. Zur festgesetzten Stunde erscheint die Kontrolle, nachdem die Wallfahrer mit einem „present!“ auf die Verlesung ihres Namens geantwortet — nur die, die Unterstützung beziehen, tragen sich noch in ein Buch ein —, legen sie ihre Reife fort, um die Büden abzuklopfen, denn der Arbeitsnachweis der Pariser Syndikatskammer macht das Sprichwort „Gebild bringt Rosen“ oft zu schanden. Doch das sind nicht alle Arbeitslosen; ein großer Teil der noch nicht unterstützungsberechtigten kunst-suchenden Jünger gibt sich gar nicht erst die Mühe, sich beim Arbeitsnachweis einzutragen zu lassen, und neben diesem existiert noch der Prinzipalarbeitsnachweis. Hier wird die Unwesenheit der Stellensuchenden den ganzen Tag über verlangt. Eine bunt zusammengewürfelte Schaar mag da beisammen sein, die bei jedem Telefonläuten neue Hoffnung schöpft. Auch dort soll's zurzeit sehr flau sein; doch lebt man stets in der Zuversicht, daß früh oder spät ein Engrosepport zum Ausreisen in der Provinz benötigt wird. In Unbetracht des schlechten Arbeitsmarktes warnt das Zentralkomitee im Verbands-

organ vor Zuzug nach Paris. Die Befolgung dieses Rats ist doppelt angebracht, da es längst ein öffentliches Geheimnis ist, daß man vor einer Tarifbewegung steht. „Neun Stunden, neun Franken“ soll, so sagt man, die Parole heißen. Eine Kommission ist eifrig an der Arbeit mit den Vorbereitungen. Wenn in den letzten Jahren die Lage der Pariser Sektoren, insbesondere was Mitgliederzahl und Kaszenbestand betrifft, nicht so stationär geblieben und an Stelle der ewigen persönlichen Bekämpfungen eine intensive Propaganda getreten wäre, so könnte man den Entwicklungen mit etwas mehr Optimismus entgegengehen.

Aus der Provinz ist zu melden, daß in Chalons-sur-Saone ein schöner Erfolg auf tariflichem Gebiet errungen wurde. Das Minimum wurde von 4,50 auf 5 Fr. erhöht, nach 18 Monaten soll eine weitere Zulage von 40 Cts. erfolgen. Ebenso wurde die Überstundenentschädigung verbessert. Das Vereinen ist durch Schaffung von Kommanditgesellschaften für die Zukunft ausgeboten. — Der im „Korr.“ schon gemeldete Streik in Lille war nach einem Tage beendet. Die große Mehrzahl der Hauptfirmen hat den neuen Tarif anerkannt. — In Montlucon und Toulouse ist die Lage nach wie vor schlecht, viele Kollegen sind ausgewandert. Dagegen ist eine bedeutende Verbesserung in Rochefort-sur-Yon eingetreten. — Der Streik der Firma Kriget in Roubaix ist mit einem vollen Erfolg auf Gehilfenseite beendet, ebenso mußte die große Lithographie Senecat dortselbst den neun-stündigen Arbeitstag einführen. — Tarifbewegungen sind im Gange oder stehen bevor in Tours, Bordeaux, Versailles und Loulon. — In Nizza ist wegen zu großer Arbeitslosigkeit und angeblicher Überschwemmung durch ausländische Kollegen das Umschauen verboten; ein Arbeitsnachweis wurde von der Sektion errichtet. — Die Kollegen, die in Staatsbetrieben in den Kolonien arbeiten, hatten im letzten Januar nach endlosen Verhandlungen und Fürsprachen eine kleine Verbesserung für den Aufenthalt in den ungesunden Ländern erreicht. Was man ihnen jedoch auf der einen Seite bewilligte, hat man ihnen auf der andern wieder gekostet. Die Aufenthaltzeit wurde um sechs bis zwölf Monate verlängert, und es ist ferner verboten, Frau und Kind wie früher mitzunehmen. Diese Bestimmungen sind bereits am 1. Oktober in Kraft getreten. Was unser französisches Bruderorgan dem Verfasser dieses Dokuments ins Stammbuch schrieb, muß hier aus mancherlei Gründen verschwiegen werden.

Wenig erfreulich ist das finanzielle Ergebnis des zweiten Quartals des französischen Verbandes; es schließt mit einem Defizit von 28139,81 Fr. Immerhin ist eine Verbesserung gegen das erste Quartal eingetreten, das ein noch größeres Defizit aufwies. Für fast alle Unterstützungszeile mußten im zweiten Quartale größere Summen aufgebracht werden, dagegen wurden an Streikunterstützung 58114,05 Fr. weniger verausgabt. Das Gesamtvermögen des Verbandes, etwa 51.000 Fr., ausstehender Guthaben, betrug am 30. Juni 146807,21 Fr. Das Ertragsvermögen vom Berichtsquartal ist der Sieg in Lyon ohne jeden Kampf und der endgültige Erfolg unserer Kollegen nach viermonatigen Streik in Mont-de-Marsan. Im vorhergehenden Quartale waren es bekanntlich die Streiks in Montlucon und Toulouse, die das Verbandsvermögen so zusammenbrachten.

**Belgien.** Ein wahres „Lied vom braven Mann“ stellt die Kundgebung dar, die sich am 1. Oktober auf dem Brüsseler Friedhof abspielte. Die belgischen Buchdrucker haben ihrem innersten Dankesgefühl gegenüber ihrem sehr beliebten und geschätzten Kollegen Desfré Vandendorpe, den der Tod vor 18 Monaten aus ihrer Mitte riß, durch die Errichtung eines Monuments sichtbar Ausdruck verliehen. Das Wetter am Enthüllungstage glich dem lebendigen Vandendorpe: Unwetter und Sturm! Aber das veränderte nicht, daß sich nicht nur die Brüsseler Buchdruckerfamilie vollzählig und die vielen Vertreter der Provinzsektionen, sondern auch die übrigen Freunde sowie die gesamte organisierte Arbeiterschaft, einstellte. Es war ein stattlicher Zug mit Tambourbegleitung und wehendem Banner, der zum Friedhofe zog, um unsern Kollegen zu ehren. Als der Zug in die Nähe des Monuments kam, das sich seiner Hülle entledigt hatte, fand er dort schon den Bürgermeister von Brüssel und den von Jelles, zahlreiche Stadt- und Kammerabgeordnete sowie führende Persönlichkeiten im öffentlichen und politischen Leben versammelt. Von der Größe, der Lauterkeit, der Arbeitsfreude, der Energie und Nächstenliebe ihres Kollegen Vandendorpe, dessen Tatkraft ihn so Großes vollbringen ließ, legten die Ansprachen ein ehrendes Zeugnis ab. Es sprachen nacheinander der Bürgermeister von Brüssel, der Vertreter der Nationalen Krankenkasse, Delegierte im Namen der belgischen Arbeiterpartei, Kollege Detleff für den Buchdruckerverband, Fischer für die Zeitung „Das Volk“ und Pladet für das Denkmalskomitee. Alle ohne Ausnahme wußten nur Großes und Erhabenes von dem Enthüllten zu sagen. Der Bürgermeister feierte ihn als ein Beispiel eines Schöpfers, dessen Schaffensgeist, Hingebung für seine Partei und Charakterstärke sich die Liebe seiner Freunde und die Achtung seiner Gegner errang. Für die Arbeiterfürsorge speziell im Krankentassenwesen, für die belgische Arbeiterpartei und nicht zuletzt für den Buchdruckerverband, dessen Präsident er war, der ihn um so mande Klippe steuerte, hat er Unschätzbare geleistet. Überall half er den Grundstein legen, überall half er mit Rat und Tat weiter. Dem Arbeiterblatte „Le Peuple“, in dem er einst den blauen Mitteltrug, blieb er von Herzen zugetan, als er schon längst die blaue Bluse mit dem goldbebordeten Grad des Schöpfers gewechselt hatte, bis an sein Lebensende. Die

Kundgebung spiegelte in ihrem grandiosen Eindrucke den Dankestrieb wider, zu dem sich alle, vom schlichten Arbeiter bis zum Bürgermeister, verpflichtet fühlten. Die belgische Buchdruckerfamilie kann stolz auf das harmonisch-schöne Denkmäl sein, aber noch stolzer darauf, einen Mann wie Desfré Vandendorpe zu den irdigen gezählt zu haben.

**Kroatien.** Der in der katholischen Druckerei in Ugram im vorigen Monat ausgebrochene Konflikt wurde zur Zufriedenheit der Gehilfen durch beigelegt. Die Druckereileitung hat den Forderungen der Tarifkommission der Gehilfen nachgegeben.

**Großbritannien.** So manches Auge lernte wieder lächeln, als vom Komitee der Londoner Segereigesellschaft die frohe Kunde kam, daß der sich Anfang des Jahres erhobene Beitrag von 3 Schill. auf 1 Schill. 6 Pence vorläufig erniedrigt sei. Die Position der Streikenden ist allerdings keineswegs bemerkenswert günstig geworden. Mit der vorläufigen Erniedrigung des Beitrags soll nur denen, die härter ums Dasein zu kämpfen haben, eine Möglichkeit gegeben werden, sich von der „libel größtes“, den Beitragschulden, zu befreien. Nur wer ohne Schuld und Fehle am Ende des Jahres ist, ist zur Mitgliedschaft im nächsten Jahre berechtigt. — Auf einer Konferenz der verschiedenen Segereorganisationen des Landes wurde erwogen, ob es ratsam sei, die Gegenseitigkeit in Unterstützungsangelegenheiten wieder einzuführen. Ausgeschlossen ist jedoch nicht, daß es zu einem befriedigenden Resultate kommt. Doch wird es wohl noch recht lange dauern, bis sich die Kollegen von Großbritannien und Irland dem Internationalen Sekretariat anschließen, wo doch die Gegenseitigkeit Hauptbedingung ist. Auf derselben Konferenz wurde auch der Frage einer Verschmelzung Erwähnung getan. Das war zwar auf einmal und man verschob die Frage auf 1913. — In Liverpool wurde der Lohn der Zeitungsetzer (Maschine und Hand) um 2 Schill. erhöht. Akzidenzsetzern wurde 1 Schill. mehr, also 37 Schill. 6 Pence für 51 Stunden, offeriert. Damit ist man nicht zufrieden, und erhofft durch neue Verhandlungen ein besseres Resultat zu erzielen. — In Dublin haben die Prinzipale die wöchentliche Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden herabgesetzt in Übereinstimmung mit den Beschläüssen zwischen der Typographical Association (Provinzialverband in England) und der Prinzipalsorganisation. Die Typographical Association hat auch etliche Mitglieder in Dublin (Irland). In Dublin besteht aber auch die Dublin Typographical Association, die an der Konferenz in Leeds, wo bekanntlich eine provisorische Vereinbarung über die stappweise Erreichung der Einundfünfzigstundenswoche zu gestimmt wurde, während die Föderation später beschloß, an der Fünfzigstundenswoche festzuhalten, nicht teilzunehmen. Infolgedessen hat unter den Mitgliedern dieser Organisation erst eine Abstimmung stattzufinden über die Annahme der angebotenen Verkürzung der Arbeitszeit auf 51 Stunden. — In Dundee verstrickt man den schon starken Lokalfonds durch einen wöchentlichen Ertragsbeitrag von 1 Schill. pro Mitglied, um gerüstet zu sein, wenn die folgenden Forderungen nicht freiwillig gegeben werden: Linotypen- und Monotypsetzer (Nach) 50 Schill. für 44 Stunden, (Tag) 45 Schill. für 46 Stunden, Zeitungshandsetzer (Nach) 46 Schill. für 48 Stunden, (Tag) 40 Schill. für 48 Stunden, Akzidenzsetzer (Tag) 36 Schill. für 48 Stunden, Maschinenmeister (Tag) 36 Schill. für 48 Stunden. Für jede Maschine einen Maschinenmeister. — In ihrer Oktoberversammlung nahmen die Prinzipale von Großbritannien und Irland eine Resolution an, in der sie gegen das geplante Versicherungsgesetz von Lloyd George protestieren. Es heißt in der Resolution, daß die Lasten der Arbeitgeber zu groß seien, und wenn die Würde nicht den Arbeitnehmern oder sonst jemand aufgeschult wird, das Gesetz für die Arbeitgeber unannehmbar sei.

## Korrespondenzen.

**Mugsburg.** Am 18. Oktober traf sich die Kollegenschaft im großen Saale des „Café Maximilian“, um den Bericht des Gehilfenvertreterers Seitz über die Tarifverhandlungen entgegenzunehmen, den er in einem zweieinhalbstündigen Referat erstattete. Eine lebhafteste Diskussion, welche sich über zweieinhalb Stunden hinweg, wurde teils in zustimmendem, teils in kritisierendem Sinne geführt. Zwei Resolutionen, welche eine Ablehnung des Tarifs forderten, fanden nur eine ganz geringe Anhängerzahl, während eine von der Mehrheit des Ausschusses vorgelegte Resolution mit großer Mehrheit angenommen wurde. Diese hat folgenden Wortlaut: „Die am Mittwoch, dem 18. Oktober, im „Café Maximilian“ von annähernd 250 Buchdruckergehilfen Mugsburgs besuchte Versammlung nimmt das Referat des Gehilfenvertreterers Joseph Seitz über die Tarifverhandlungen in Berlin dankend entgegen. Die Versammlung erklärt jedoch, daß sie im Hinblick auf die beschlossenen Nachteile, welche der neue Tarif für die Gehilfenchaft in sich birgt, in der Bewilligung einer zehnprozentigen Lohnerhöhung einen entsprechenden Ausweg nicht erblicken kann. Die Versammlung spricht sich insbesondere dahin aus, daß die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde nicht geeignet ist, das Heer der arbeitslosen Buchdruckergehilfen irgendwie zu vermindern. Insbesondere bedauert die Versammlung, daß die Arbeitszeit der Maschinensetzer eine Verlängerung erfahren hat, was eine weitere Schöpfung der Löhner der Arbeitslosen zur Folge haben dürfte, für deren Unterhalt der Verband der Deutschen Buchdrucker aufzukommen hat. Wenn die

Mugsburger Buchdruckergehilfen trotzdem den Tarif akzeptieren, so nur unter der Voraussetzung: 1. daß die Auslegung des Tarifs seitens der Prinzipale in loyaler Weise erfolgt; 2. daß das Tarifamt im Laufe der Tarifperiode keine die Gehilfenschaft schädigenden Interpretationen des Tarifs vornimmt; 3. daß die Prinzipalität allen Buchdruckergehilfen in Anbetracht der geradezu unerschwinglichen Lebensmittelpreise und der unbefristeten Lohnzulegung zuteil werden läßt. Damit hätte die Versammlung nach fünfjähriger Dauer ihr Ende erreicht.

**Bremen.** Am 18. Oktober nahm die hiesige Kollegenschaft in einer zahlreich besuchten Versammlung Stellung zu dem Ergebnisse der Tarifabmachungen. Das Referat hierzu hatte Kollege Rosenbruch (Hannover) übernommen. Er schilderte in eingehender Weise den Verlauf und die Schwierigkeiten der fast vierzehntägigen Verhandlungen mit den Prinzipalitäten; dieselben seien anfangs zu irgendwelchen nennenswerten Zugeständnissen überhaupt nicht bereit gewesen, so daß es manch harten Strauß gelostet hat und zu verschiedenen Malen die beiden Parteien vor dem Abbruch der Verhandlungen standen. Hauptsächlich den Bemühungen des Vorsitzenden des Tarifamts sowie des Kollegen Schliebs sei es aber immer wieder gelungen, einen Weg aus dem Holze zu finden, so daß es dann endlich am 7. Oktober gelang, den Tarif zum Abschluß zu bringen. Der Referent bemerkte zum Schluß seiner Ausführungen, daß die Gehilfenvertreter das zu erreichen versucht hätten, was möglich gewesen sei, und wenn auch nicht alle Kollegen befriedigt seien, so solle man wohl bedenken; daß für das Gros der Kollegen doch ganz erhebliche Vorteile errungen worden sind, und ersuchte die Kollegen, den Abmachungen ihre Zustimmung zu geben. In der sich hieran anschließenden Debatte wandten sich speziell die Vertreter der Maschinenseher gegen die diesen zugewandten Verschlechterungen, sie wiesen darauf hin, daß gerade das Bedenken der Maschine zur Folge haben werde, daß eine vermehrte Arbeitslosigkeit eintreten werde, davon habe wieder die Organisation der Schaben. Eine vermehrte Aufstellung von Segmaschinen werde die Folge sein. Ebenfalls wandten sich die Vertreter der Druckerkollegen gegen die diese betreffenden Abmachungen. Ihnen wurde aber entgegengehalten, daß sich der Gang der Entwicklung nicht aufhalten lasse. Übrigens seien auch die Kollegen zum Teile selbst in ihrem Egoismus daran schuld, daß die Verhältnisse verschlechtert worden sind. Das Bestreben der Prinzipale, herauszuholen, was möglich ist, sei entschieden zu verwerfen; man solle aber wohl bedenken, daß wenn es zum Streite gekommen wäre und wir keine Tarifgemeinschaft mehr hätten, die Prinzipale unsere Arbeitskraft noch mehr ausbeuten würden. Gerade die Tarifgemeinschaft schütze uns vor der Ausbeutung der Unternehmer. Daß wir in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr erreicht hätten, sei zu bedauern, man solle sich aber nicht die Frage vorlegen, ob der einen Kampf mehr herauszuholen über den wäre. Wenn wir alle die Schwierigkeiten in Betracht ziehen, so müssen wir anerkennen, daß die Gehilfenvertreter ihre Pflicht und Schuldigkeit in vollem Maße getan haben. Man solle aber die vor uns liegende Zeit bis zum Ablauf des Tarifs ausnützen und die Kollegen dazu erziehen, daß sie lernen, ihre tariflichen Rechte voll und ganz auszunützen und daß sie sich um das Wohl und Wehe ihrer Organisation bekümmern. Nur wenn wir geschlossen und einig dastehen, können wir Erfolge erzielen. Wenn man objektiv sei, dann müsse man anerkennen, daß bei der augenblicklichen Situation die Lohn-erhöhung von 10 Proz. für das Gros der Kollegenschaft jedenfalls einem Kampfe vorzuziehen war; mit dem Zugeständnisse der Prinzipale kann man sich zufrieden geben. In seinem Schl. worte suchte Kollege Rosenbruch die Beschwerden einzelner Kollegen zu zerstreuen; er wies darauf hin, daß wenn man, wie angeführt, mehr Mitbestimmungsrecht haben wolle, es auch den Unternehmern zugestehen müsse. Er ersuchte nochmals, sich mit den Abmachungen einverstanden zu erklären; das, was wir erreicht, hätten wir nur der Macht des Verbandes zu verdanken. Darum sei es Pflicht eines jeden Kollegen, auch in Zukunft an dem weiteren Ausbau der Organisation tätig zu sein. Der Vorsitzende gab ein kurzes Resümee über die gepflogene Debatte und konstatierte das Einverständnis der Kollegen mit dem Tarifabschlusse. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

**Hilgen a. N.** In der am 17. Oktober abgehaltenen Versammlung erstattete Kollege Wöhner Bericht über die Tarifrevisionsversammlung in Stuttgart und die Tarifverhandlungen. An das Referat schloß sich eine sehr lebhaft diskutierte. Sämtliche Redner brachten ihre Entzifferung darüber zum Ausdruck, daß entgegen der in der Tarifrevisionsversammlung gefaßten und von der Generalversammlung in Hannover ebenfalls angenommenen Anträge: daß „die Arbeitszeit eine entsprechende Verkürzung erfahren soll“; „die Lohn-erhöhung eine ausgiebige und allen Gehilfen zuteil werde sein soll“; daß „die Bezahlungsstala reguliert und die Arbeitslosigkeit vermindert werden solle“ usw., eine teilweise Verschlechterung eingetreten sei. Von einer allgemeinen zehnprozentigen Lohn-erhöhung könne keine Rede sein, wenn man bedenke, daß diejenigen Gehilfen, die über 3 Mk. über Minimum erhalten, wie 1000 der Gnade der Prinzipale empfinden werden. Ferner bedeute die Regulierung der Bezahlungsstala so viel wie nichts. Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit werde dadurch nicht eintreten, ja, sie werde durch den neuen Maschinenseher tarif noch wesentlich vermehrt. Eine halbe Stunde mehr Arbeitszeit an der Maschine (täglich) und 400 Buchstaben in der Stunde mehr, bedeute in den

meisten Druckereien einen Handschuh weniger, der dann von dem Verband über Wasser gehalten werden müsse. Den Schluß der sehr gut besuchten Versammlung bildete nachfolgende, einstimmig angenommene Resolution: „Die Mitglieder des Ortsvereins Hilgen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nehmen die Resultate der Verhandlungen über die Revision des Tarifs entgegen und sind über dieselben enttäuscht; denn tatsächlich bringen diese nicht eine zehnprozentige Lohn-erhöhung für alle Kollegen, sondern zum Teil eine Verschlechterung. Insbesondere bedauert sie, daß für diejenigen Kollegen, welche 3 Mk. über das Minimum erhalten, keine feste Norm geschaffen wurde und dieselben der Gnade der Prinzipalitäten empfinden werden. Die Versammlung hätte es lieber gesehen, die Verhandlungen wären abgebrochen worden und die Gehilfenvertreter hätten bei ihren Mandatgebern Nachdruck gefordert. Ebenso kann sie sich mit der Schreibweise der „Korr.“-Redaktion nicht befriedigen, da dieselbe die „Ergründungen“ in so martialischer Weise hervorhebt.“ (Zum Teil haben wir die in diesem Bericht enthaltenen Irrtümer schon in dem Situationsbericht in Nr. 122 widerlegt, so daß wir die Hilgen Kollegen nur noch zu ersuchen haben, die in Nr. 57 abgedruckte wirkliche Resolution von Hannover nachzulesen. Red.)

**Flensburg.** (Maschinenseherverein für Schleswig.) In der am 15. Oktober abgehaltene Quartalsversammlung war gut besucht. An Stelle des zurückgetretenen bisherigen Kassierers wurde Kollege Lohde gewählt. Einen breiten Raum nahm der Punkt „Tarifliches“ ein, Kollege Ballhoff referierte in längerer Ausführungen über das Ergebnis der Tarifrevision. Allerorts löste sich die Überzeugung aus, daß uns mit dem neuen Tarif arge Enttäuschungen bereitet worden seien, und die Folgen auf die Handschere einen gewaltigen Druck ausüben werden. Folgende Resolution wurde sodann angenommen und an die zu gleicher Zeit in Hamburg stattfindende Kreisversammlung telegraphisch abgeleitet: „Die heute in Flensburg tagende Versammlung der Maschinenseher Schleswigs nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den kolossalen Verschlechterungen, die ihnen der neue Tarif bringt und ist davon überzeugt, daß derselbe in seinen Folgersehnungen auch den Handschere verhängnisvoll werden wird.“ — Einige technische Fragen wurden sodann erledigt. Die nächste Versammlung findet in Flensburg statt.

**Heilbronn a. N.** Bei nahe vollzählig, es waren über 200 Kollegen anwesend, war die auf 16. Oktober anberaumte Versammlung besucht, um den Bericht über die Tarifverhandlungen in Berlin entgegenzunehmen. Der Vorsitzende Knapper, welcher unter andern der Tags zuvor in Stuttgart abgehaltene Kreisversammlung beigewohnt hatte, erstattete im Hinblick des dort Gehörten ausführlichen Bericht. Die anschließende Diskussion war eine äußerst lebhaft und erregte. Von allen Rednern wurde besonders scharf verurteilt, daß die „Korr.“ als 3. Mt. über Minimum entlohnten Gehilfen wiederum der Gnade der Prinzipale überlassen worden sind und dies trotz aller Verschlechterungen, die den Maschinensehern zuteil wurden. Die allgemeine Zustimmung des Vereines an der Segmaschine werde der Arbeitslosigkeit noch mehr Vorstoß leisten und die geringe Verschlechterung der Bezahlungsstala illusorisch machen. Mehrere an der Debatte sich beteiligende Kollegen übten besonders auch Kritik an der Schreibweise der „Korr.“-Redaktion während der Tarifverhandlungen und brachten zum Ausdruck, daß man in den letzten Tagen kaum mehr untercheiden konnte; ob wir ein Organ für Gehilfen oder Prinzipalinteressen besitzen. Eine Resolution, die verlangt, daß allen Gehilfen die beschlossene Lohn-erhöhung zuteil werde und in der niedergelegt ist, daß die Versammlung nur im Interesse der Erhaltung des gewerkschaftlichen Friedens dem neuen Tarifvertrage zustimme, fand einstimmige Annahme; desgleichen ein Zusatzantrag, der erwartet, daß die Redaktion unseres Organs sich in Zukunft mehr der Aufgabe eines Gewerkschaftsorgans bewußt werden möge. Der Wortlaut der Resolution soll dem Gehilfenvertreter des Kreises IV zugestellt werden. Damit hatte diese imposante Versammlung ihr Ende erreicht.

**Anmerkung der Redaktion:** Dieser deplazierten Erwartung gegenüber hätten wir einen dringenden Wunsch geltend zu machen. Er geht dahin; die Kollegenschaft möge im allgemeinen die Verhältnisse und Schwierigkeiten besser würdigen lernen, die aus der von der Generalversammlung für richtig gehaltenen tariflichen Kompromisspolitik unserer Organisation entspringen. Damit hat sich die „Korr.“-Redaktion abzufinden. Daß das in weiten Mitgliederkreisen nicht eingesehen wird, davon sind uns die Angriffe auf den „Korr.“ Beweis genug. Man gewöhne sich doch daran; das sind beim rechten Namen zu nennen und sehe davon ab, für Verhältnisse und Dinge einzelne Personen verantwortlich zu machen.

**G. Gildesheim.** (Versammlung vom 17. Oktober.) Berichterstatter von der Kreisversammlung in Hannover, war der Tagesordnungspunkt der Versammlung, die gut besucht war. Der Vorsitzende gab ein kurzes Resümee über den neuen Tarif und wies auf die Schwierigkeiten der diesmaligen Verhandlungen hin. Es sei nicht zu verkennen, daß die Maschinenseher in bezug auf Arbeitszeit, Leistungen und Einführung des Berechnens nicht besonders gut abgeschnitten hätten, aber im großen und ganzen könnte man wohl mit dem Resultat einigermaßen zufrieden sein. Starke Unzufriedenheit herrschte vor allem bei den Maschinensehern, wie die Diskussion bewies. Die Versammlung würdigte den äußerst schwierigen Stand der Gehilfenvertreter bei den Verhandlungen

vollkommen und hielt mit der Anerkennung für deren anstrengende Arbeit nicht zurück.

**R. Kaiserlautern.** (Maschinensehervereinigung.) Der am 15. Oktober stattgehabten Quartalsversammlung ging unter zahlreicher Beteiligung der von auswärtig erschienenen Kollegen eine Besichtigung der Mergentaler Kompletzmaschine in der Rheinischen Druckerei voraus. Der Firma sei auch an dieser Stelle für ihre Entgegenkommen bestens gedankt. Nachmittags 2 Uhr fand dann die Versammlung statt, zu der sich die Kollegen ebenfalls zahlreich eingefunden hatten. Nach Feststellung der Präsenzliste, die die Anwesenheit von Kollegen aus Rindau, Neustadt a. d. S., Birmasens, Bad Dürkheim und Kaiserlautern ergab, wurde der Kassenbericht pro zweites Quartal durch Kollegen Stam gegeben und dann in die Besprechung des neuen Tarifvertrags eingetreten. Man war allgemein der Ansicht, daß die diesmalige Tarifrevision anstatt uns Vorteile zu bringen Verschlechterungen gebracht habe. Ganz besonders scharf kritisiert wurde von sämtlichen Rednern die Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde und die Erhöhung der Leistungen. Wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß die Gehilfenvertreter bezüglich der Maschinenseher der Prinzipalität Konzessionen machen mußten, um für die Allgemeinheit mehr herauszuschlagen, so müsse dem entgegengehalten werden, daß letzteres so gut wie gar nicht zutrifft, denn die zehn Prozent Lohn-erhöhung bekommen doch nur (nur ist sehr gut. Red.) diejenigen Gehilfen, die bis zu 3 Mk. über Minimum haben, so daß ein Drittel der Kollegen auf die Gnade der Prinzipalität angewiesen sei, andererseits aber auch von einer wesentlichen Verkürzung der Arbeitszeit für die Allgemeinheit so gut wie gar keine Rede sein könne. Von der Annahme einer Resolution wurde Abstand genommen und der Antrag des Vorstandes der Gewerkschaft auf Einberufung eines außerordentlichen Maschinenseherkongresses zugestimmt. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Neustadt a. d. S. bestimmt. Nach Erledigung interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Riel.** Zu der Mitgliederversammlung am 17. Oktober waren 175 Kollegen erschienen. Den vorliegenden fünf Maßnahmen wurde zugestimmt. Den Bericht über die Kreisversammlung in Hamburg, die sich mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen beschäftigte, erstatteten die beiden Delegierten Lorenzen und Carstensen. In der anschließenden längerer Diskussion wurden einzelne Tarifpositionen einer scharfen Kritik unterzogen, demgegenüber aber seitens anderer Redner betont, daß man im allgemeinen wohl mit dem Ergebnisse der Tarifberatungen einverstanden sein könne. Eine schärfere Schreibweise im „Korr.“ vor den Beratungen hätte nach Meinung einzelner Kollegen nicht schaden können. Von zwei Resolutionen, deren eine sich für Ablehnung des Tarifs aussprach, wurde die folgende mit großer Mehrheit angenommen: „Die Versammlung der Mitgliedschaft Riel am 17. Oktober 1911 akzeptiert den revidierten Tarif, konstatiert aber mit Bedauern die Tatsache, daß in der Frage der Wahl der Vertrauensmänner und der Art der Festsetzung der täglichen Arbeitszeit den Prinzipalen Zugeständnisse gemacht wurden, die einerseits die Selbstständigkeit unserer Organisation stark beeinträchtigen, andererseits den Kollegen erhebliche materielle Nachteile zufügen werden. Die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde an den Segmaschinen in Betriebsbetrieben bezeichnet die Versammlung als einen in jeder Hinsicht unsozialen Beschluß des Tarifausschusses. Der Lichtundtag für Maschinenseher war die vornehmste Errungenschaft, deren sich unser Verband seither rühmen konnte. Die Versammlung beschließt als Folge der Verlängerung der Arbeitszeit für Maschinenseher eine Zunahme der Arbeitslosigkeit unter den Handschere und schwere Beeinträchtigungen der Einigkeit im Verbands.“

**r. Leipzig.** (Maschinenmeister.) Am 20. Oktober versammelten sich die Mitglieder des Leipziger Maschinenmeistervereins im „Schloßkeller“, um den Bericht des zu den diesjährigen Tarifberatungen hinzugezogenen Druckerexperten, Kollegen Hesselbarth, entgegenzunehmen. Die Berichterstatterung ergab für die Drucker, soweit ihre speziellen Berufsinteressen in Frage kamen, ein wenig erfreuliches Bild, das besonders noch dadurch ungünstig beeinflusst wurde, als der Referent sich der unangenehmen Pflicht zu entledigen hatte, eine ihm unerklärliche Interesslosigkeit der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands gegenüber den wichtigen Beratungen des neuen zukunftigen Tarifs festzustellen, die bis zu einem gewissen Grade lässend auf die schwierige Aufgabe der Druckerexperten gewirkt habe. Ausgehend von der Tarifberatung vor fünf Jahren, bei welcher die gegenwärtig noch bestehenden Sonderbestimmungen für Drucker und Maschinenmeister geschaffen wurden, streifte der Referent verschiedene Begleiterscheinungen, die sich aus der Ein- und Durchführung dieser Bestimmungen während der laufenden Tarifperiode ergaben und dazu führten, daß bei der diesmaligen Tarifrevision die größten Schwierigkeiten bezüglich einer anderweitigen Regelung der Arbeitsverhältnisse an den Druckmaschinen vorhanden waren. Er schilderte die Hartnäckigkeit der Prinzipale, mit der diese an ihren Anträgen auf eine weitere Belastung der Arbeitskraft der Maschinenmeister festhielten, und war bemüht, den Versammelten verständlich zu machen, warum es den Gehilfenexperten trotz größter Anstrengungen nicht gelungen sei, den Wünschen der deutschen Druckerkollegen Rechnung zu tragen. Bezüglich der gemachten Zugeständnisse betonte er ausdrücklich, daß diese nur unter dem Druck der äußerst schwierigen und auf Messers Schneide stehenden Situation der gesamten Tarifverhandlungen den Prinzipalen gemacht wurden, und

zwar nur im höheren Interesse der Allgemeinheit der Kollegenschaft. Eingehend zergliedernde der Referent dann die getroffenen Änderungen, untersuchte ihre Ursachen, die meist in ganz bedenklichen und leichtfertigen Handlungen mancher Kollegen zu finden waren, und prüfte sie auch auf ihre eventuelle Wirkung in der Praxis. Darauf schloß er mit einem Appell an die Kollegen, die kommende neue Tarifperiode zu einer besseren, tiefergehenden und zielfähigeren Aus- und Aufbau der Sparte und ihrer Bestrebungen auszunutzen, seinen Bericht, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. In direktem Anschlusse daran teilte der Vorsitzende der Versammlung, Kollege Ludwig, mit, daß er wegen des Verschaltens der Zentralkommission an deren Obmann geschrieben und ihn um Aufklärung ersucht habe. Darauf sei ihm mitgeteilt worden, daß die Zentralkommission in allernächster Zeit in einem ausführlichen Rundschreiben der Kollegenschaft die Gründe für ihre Haltung bei den Tarifberatungen zur Beurteilung unterbreiten werde. Nach dieser Mitteilung wurde ein Antrag auf Vertagung der Angelegenheit der Zentralkommission von der Versammlung abgelehnt, jedoch ein solcher auf gesonderte Behandlung nach Schluß der Diskussion über die eigentlichen Tarifergebnisse angenommen. Dann setzte die Besprechung der tariflichen Fragen ein und gestaltete sich zu einer zwar lebhaften und umfangreichen, aber fast durchweg sachlich geführten Diskussion. Die Mehrzahl der Redner kritisierte das Resultat scharf ablehnend. Allgemein wurde hierbei hervorgehoben, daß jede auf eine angebliche „Entseufung“ der Maschinen hinsichtlich weitere Arbeitsbelastung der Maschinenmeister das direkte Gegenteil einer besseren Ausnutzungsmöglichkeit der Druckmaschinen herbeiführen müsse. Wenn in Wirklichkeit würden nur jene Maschinen am besten ausgenutzt, die allein unter der Führung eines Maschinenmeisters stehen, wie sich dies in fast sämtlichen Druckereien Leipzigs schon seit vielen Jahren bestätigt hat. Jede Belastung eines Maschinenmeisters mit der Bedienung mehrerer Maschinen oder mit der Verrichtung von Nebenarbeiten außer der Bedienung einer Maschine beschränke von selbst die Möglichkeit einer vollen Verantwortung nach § 73 des Tarifs und lege jedem Drucker, selbst dem tüchtigsten, besondere Schwierigkeiten bezüglich der quantitativen Arbeitsleistung auf, die im Endresultat in keinem gefundenen Verhältnis zu einer etwaigen Lohnersparnis stehen können. Diese fonderbare Art von Gewerbetreiberei beruhe auf Theorien, die mangelhaften technischen Grundlagen entspringen und von jeden Sachmann im Interesse einer wirklich praktischen Gewerkepolitik als Spiegelbild einer zurückgewiesenen werden müßten, weil sie als Fremdkörper im praktischen Berufsleben die ständige Ursache von Differenzen und Störungen bilden und bilden werden. In diesem rein praktischen Gedankengange bewegte sich im großen und ganzen die Aussprache, wobei jedoch auch solche Stimmen nicht fehlten, die eine allzu scharfsinnige Behandlung der „Mittelfragen“ durch die Gehilfenvertreter glaubten als bestehende Tatsache bedauern zu müssen, was aber von anderer Seite wieder durch Hinweis auf viele vorhandene Unregelmäßigkeiten in Druckereien selbst als unbedeutend bezeichnet wurde. Schließlich wurde nach zweistündiger Debatte nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 20. Oktober im Schloßkeller tagende Versammlung der Maschinenmeister Leipzigs kann sich mit dem Ergebnisse der Tarifverhandlungen in Bezug auf die Druckerbestimmungen nicht einverstanden erklären. Sie hätte erwartet, daß man den berechtigten Forderungen der Maschinenmeister auf nähere Präzisierung der Verantwortlichkeit sowie der unterstützenden Mitarbeit des Hilfspersonals mehr Rechnung getragen hätte. Insbesondere erblickt die Versammlung in der Bestimmung zu § 78 des Tarifs, wonach Apparatmaschinen bis mit 79 cm Druckfläche keine Spezialmaschinen mehr sein sollen, eine bedeutende Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse der Drucker. Die Versammelten sind um so mehr unzufrieden, als durch Verschlechterungen allgemeiner Natur die Drucker noch besonders betroffen werden.“ Dann trat die Versammlung entsprechend dem vorher gefassten Beschlusse noch in die Beratung über die Haltung der Zentralkommission ein. Infolge einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, die durch einen abermaligen Vertagungsantrag hervorgerufen wurde, lichteten sich die Reihen immer mehr, trotzdem wurde aber in porgeräucher Stunde zu der Sache selbst folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung der Drucker und Maschinenmeister Leipzigs mißbilligt aufs schärfste das Verhalten der Zentralkommission gegenüber den Tarifberatungen, insbesondere das des Obmanns Dr. Bräuer. Sie verlangt dringend eine Reorganisation der Zentralkommission.“ Hierauf wurde die Versammlung nach vierstündiger Dauer geschlossen.

hr. Mannheim. In einer äußerst stark besuchten allgemeinen Buchdruckerversammlung ließen sich die tariflosen Gehilfen der Bezirke Mannheim, Heidelberg und Ludwigshafen am 16. Oktober im Mannheimer „Gewerkschaftshaus“ vom Kreisvertreter Karl Knie (Stuttgart) über die Tarifverhandlungen Bericht erstatten. Kollege Käufer (Mannheim) als beauftragter Einberufer der Versammlung eröffnete diese und sprach seine Verteidigung über den guten Besuch aus. In das Bureau wurden durch Ruf erwählt die Kollegen Käufer (Mannheim) als Versammlungsleiter, Schneider (Heidelberg) als Stellvertreter und Most (Ludwigshafen) als Schriftführer. Hierauf erhielt der Referent, Gehilfenvertreter Knie, das Wort. In reichlich zweistündigen Ausführungen gab der Redner den Versammelten ein ausführliches Bild über die im Berliner „Papierhaus“ gepflogenen Verhandlungen zur diesmaligen Tarifrevision.

Ausgehend von dem letzten Tarifabschlusse vor fünf Jahren verwies der Redner auf die beim diesmaligen Tarifabschlusse bestehenden Schwierigkeiten und betonte, daß unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Momente wir mit dem diesmal Erreichten zufrieden sein könnten. Nach einem kurzen Resümee über die im Anschlusse an die Tarifverhandlungen stattgehabte Gausvorsteherkonferenz, die auch den Abmachungen zugestimmt habe, schloß Kollege Knie unter lebhaftem Beifalle mit dem Wunsch auf objektive Würdigung des Geschehenen. Vorsitzender Käufer dankte namens der Versammelten dem Referenten und verlas eine längere, vom Kollegen Blohme (Heidelberg) eingebrachte Resolution, welche den Gehilfenvertretern den Dank ausspricht, die allgemeinen Erfolge wohl anerkannt, aber bebauert, daß die besser bezahlten Gehilfen auf das Wohlwollen der Prinzipale angewiesen sind, und die Bestimmungen bezüglich der Maschinenseger entschieden verurteilt. Die Diskussion eröffnete Kollege Philippi (Mannheim) (Vorsitzender der Mittelrheinischen Maschinensegervereinigung) mit dem Bemerkten, daß die Maschinenseger mit dem neuen Tarife nicht einverstanden sein könnten. Für sie habe er nur Verbesserungsvorschläge gebracht. Der Achtstundentag sei zu Grabe getragen worden. Er erkenne die guten Absichten der Gehilfenvertreter an, aber die gegebene Situation — Reichstagswahlen und Teuerung — hätte besser ausgenutzt werden müssen. Im allgemeinen sei über den neuen Tarif Befriedigung zu konstatieren. Aber die Maschinenseger hätten ihre Verbesserungen befehlen müssen. Das Ausgehen des Achtstundentags sei zu verurteilen. Mit der Haltung des „Korr.“ ist Redner nicht zufrieden. Das Berechnen an der Maschine werde jedenfalls allgemein eingeführt und dadurch die Arbeitslosigkeit im Verufe noch vermehrt. Durch die Erhöhung der Mindestleistung müssen die Maschinenseger die Lohn-erhöhung, die die Allgemeinheit bekommen hat, wieder einbringen. Weitere Gesundheitschädigungen, die auf den Verband rückwirken, seien die Folge. Blohme (Heidelberg) begründete seine Resolution. In dem neuen Tarifabschlusse zeige sich die soziale Rücksichtlosigkeit der Prinzipale. Der Tarif bringe nicht genug. Auch dieser Redner ist mit der Haltung des „Korr.“ nicht zufrieden. Der Beschluß, daß nur diejenigen die Lohn-erhöhung bekommen, welche bis zu 3 Mt. über Minimum entlohnt sind, sei zu verurteilen. Die Kosten der Tarifrevision sollen die Prinzipale tragen, die sie wieder abwählen, und nicht wir Gehilfen. Margenau (Mannheim) erklärte, daß er diesmal eine Ausnahme gegen sonst machen müsse. Er sei mit dem Tarifabschlusse zufrieden; mehr wäre nicht zu erreichen gewesen. Er verweise auf die Lohnbewegungen anderer Gewerkschaften, die solche Erfolge nicht anzujweilen hätten. Die Beschlässe bezüglich der Maschinenseger bedauern er und finde deren Erregung begreiflich; hätte aber aus, selbst wenn wir zu 100 Proz. organisiert gewesen; wären die Positionen der Maschinenseger im Kampfe nicht zu halten gewesen, da die technische Entwicklung und das Kapital in diesem Falle stärker seien. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt. Goldmann (Mannheim) verwies auf die auf den Gantagen und der Generalversammlung gefassten Resolutionen. Dort seien als Hauptforderungen aufgestellt worden: Erhöhung des Lohns, Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Bezahlungsstala. Und nun komme dieser Tarifabschlusse, der Verschlechterungen für die Maschinenseger bringe. Weidner (Mannheim) erklärte ebenfalls seine Unzufriedenheit mit den Verschlechterungen der Maschinensegerverhältnisse. Die Maschinenseger hätten nicht zu viel gewollt, aber diese Behandlung sei unangebracht. Gausvorsteher Fuhs (Mannheim) deutete auf die schwierigen Verhandlungen hin. Wir hätten einen moralischen Erfolg über den Gutenbergsbund errungen. Bezüglich der über 3 Mt. über Minimum Entlohten ist Redner der Ansicht, daß diese wie vor fünf Jahren auch jetzt wieder eine entsprechende Zulage erhalten werden. Durch die Verkürzung der Ruhezeit bei den Maschinenseger außerhalb der achtstündigen Arbeitszeit sei etwas tariflich festgelegt worden, was seither schon vielfach praktisch gelte und auch zugelassen war. Die Maschinenseger könnten nicht einseitig die Sonderbestimmungen ändern, sondern nur die Allgemeinheit, die sie auch geschaffen habe. Bei Nichtannahme der Beschlässe für die Maschinenseger wären die Verhandlungen gescheitert. Redner stellte die Frage an die Versammlung, ob dies gerecht gewesen wäre. Auch die Maschinenseger hätten Verbesserungen erhalten. Die Danstou-Monotype sei in den Tarif aufgenommen worden. Bezüglich der Einführung des Berechnens an den Sechsmaschinen und der Erhöhung der Stundenleistung ist Redner der Auffassung, daß wohl von dem Berechnen kein allgemeiner Gebrauch gemacht werden würde. Er wolle die Drohungen der Maschinenseger zurück und bezweifle, daß dieselben bei einem selbständigen Vorgehen mehr erreicht hätten. Ein nochmaliger Antrag auf Schluß der Debatte wurde wiederum abgelehnt. Philippi (Mannheim) wandte sich gegen die Ausführungen von Fuhs und erklärte, daß man sich auf die Maschinenseger auch in Zukunft verlassen könne. Nicht gegen die Gehilfenvertreter, sondern gegen die Prinzipale müsse sich die Opposition wenden. Hiermit war die Diskussion beendet. In seinem Schlußworte bemerkte der Berichterstatter Knie, daß die Diskussion sich nur um die Maschinenseger gedreht habe. Er finde die Erregung derselben erklärlich und begreiflich. Die Hauptfrage sei die Lohn-erhöhung gewesen, und wenn an den 25 Proz. reduziert worden wäre, würde auch keine Zufriedenheit herrschen. Redner schloß nochmals die Einführung des Maschinensegerentartars und seine Entwicklung bis heute. Weiter verweise er auf die Ergebnisse

früherer Tarifrevisionen und was die heutige gebracht habe. Bis zum letzten Moment sei alles verteidigt worden; aber wegen des Maschinensegerentartars hätten die Gehilfenvertreter den Abschluß des neuen Tarifs nicht scheitern lassen können. Damit wären alle die Vorteile, die uns die Tarifgemeinschaft die letzten 15 Jahre gebracht habe, verloren gewesen. Inzwischen hatte sich die Versammlung schon sehr gelichtet, und der Vorsitzende Käufer schloß deshalb vor, über die Resolution nicht abstimmen zu lassen. Hiergegen wandte sich der Antragsteller, während Kollege Philippi den Vorschlag Käufers unterstützte. Die Versammlung lehnte alsdann die Abstimmung über die Resolution ab, worauf der Vorsitzende um 2 Uhr nachts die im allgemeinen würdig verlaufene Versammlung schloß.

H. Meise. Am 14. Oktober fand die diesjährige Generalversammlung unter vollzähliger Beteiligung der Mitglieder statt. Vorsitzender Zoppich begrüßte die Erschienenen und trug sodann den Geschäftsbericht vor. Es wurden im vergangenen Jahre zwölf ordentliche und zwei außerordentliche Versammlungen abgehalten. Die Mitgliederzahl schwankt zwischen 22 bis 26 Mitgliedern. Ein Nichtmitglied wurde aufgenommen. Vier Gutenbergsbündler stehen noch am hiesigen Orte. Die Verhältnisse in den hiesigen Druckereien sind im großen Ganzen ziemlich günstig. Im Laufe des Jahres ging ein Wechsel in der Person des Vorsitzenden vor sich. Im den Bezirksvorsitzenden, welcher zugleich Ortsvereinsvorsitzender ist, zu entlasten, wurden diese beiden Ämter getrennt und Kollege Zoppich als Ortsvereinsvorsitzender gewählt. Kollege Wende trug den Kasienbericht vor, aus welchem zu ersehen war, daß die Kasse günstig steht. Es wurde ihm Decharge erteilt. In den Vorstand wurde an Stelle des freiwillig auscheidenden Kollegen Zoppich Kollege Haak als Vorsitzender gewählt, auch der Posten des Schriftführers erfuhr eine Neubesetzung. Kollege Wende wurde als Kassierer wiedergewählt, desgleichen der bisherige Bibliothekar. Als Bezirksvorsitzender wurde Kollege Müller und als Bezirkskassierer Kollege Woywod wiedergewählt. In Veranlassungen wurden im Sommer das Johannistfest in Form eines Ausflugs und im Herbst das Stiftungsfest als Familienabend gefeiert. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hätten, richtete der Vorsitzende warme Abschiedsworte an einen von uns scheidenden Kollegen. Mit dem Wunsch, unser Ortsverein und der Verband möge durch tatkräftige Mitarbeit jedes einzelnen immer erflerken zum Wohle der Kollegenschaft, schloß die Versammlung.

c. Pforzheim. In der am 17. Oktober stattgehabten Monatsversammlung wurde nach Erledigung einiger Monatsangelegenheiten als Hauptpunkt über die in Stuttgart abgehaltene Kreisversammlung von unserem Vertrauensmann Straubinger referiert und muß gesagt werden, daß er sich dieser Aufgabe in wohlüberdachten längeren Ausführungen entledigte. Eingangs erwähnte er, daß es eine unbankbare Aufgabe sei; jedoch verstand er es ausgezeichnet, die Erregungen der Gehilfenvertreter den Anwesenden vor Augen zu führen. Punkt für Punkt behandelte er genau und betonte dabei auch die Schwierigkeiten, welche sich bei den Verhandlungen von gewisser Seite ergeben hätten, so daß manchmal die Situation sehr ernst gewesen sei. Mit Recht betonte er dabei, daß — wie auch Gehilfenvertreter Knie in Stuttgart ausgeführt habe — unsre Delegierten die Verantwortung nicht hätten auf sich laden können, die Verhandlungen abzubrechen, weil dadurch eine Lage geschaffen worden wäre, über deren Ausgang nichts vorausgesehen werden könne. Nachdem er so den Anwesenden ein richtiges Bild von den schwierigen Verhandlungen gegeben, wurden in der Diskussion, welche sehr sachlich geführt wurde, noch einmal die einzelnen Punkte durchgenommen, dabei besonders die Bestimmung kritisiert, die den Prinzipalen überlassen habe, den über 3 Mt. entlohten Gehilfen eine in das Belieben gestellte Verbesserung zukommen zu lassen. Kollege Straubinger ging nochmals kurz auf die vorgebrachten Punkte ein und meinte, daß wohl niemals alle vorgebrachten Wünsche berücksichtigt würden bei solchen Verhandlungen; von seiten der Gehilfen müßten auch Konzessionen gemacht werden. Er denke, daß man in Anbetracht der Verhältnisse mit dem Erregungen zufrieden sein könne. Eine hierauf eingebrachte Resolution, welche von einem Kollegen bekämpft, dann aber gegen drei Stimmen angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: „Die heute, den 17. Oktober, tagende Versammlung des Ortsvereins Pforzheim erkennt die außerordentlich schwierige, aufopfernde Tätigkeit der Gehilfenvertreter bei den Tarifverhandlungen an, verurteilt jedoch entschieden das geringe Entgegenkommen der Prinzipalsvertreter. Die Versammlung hätte unbedingt erwartet, daß die beschlossene Lohn-erhöhung allen Gehilfen zugute kommt, da für die früher entlohten Gehilfen die Teuerungsverschärfnisse mindestens in dem gleichen Maße sichtbar sind wie für die niedriger Entlohten. Ebenso verurteilt die Versammlung in schärfster Weise den haßstarrigen Standpunkt der Prinzipalsvertreter betreffs Verkürzung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Bezahlungsstala, wodurch verhindert wird, der unter den Buchdruckergehilfen grassierenden großen Arbeitslosigkeit in wirksamer Weise zu steuern. Auch die eingetretene Verschlechterung für die Maschinenseger finden entschiedene Verurteilung. Nach eingehender Prüfung kommt deshalb die Versammlung zu dem Resultate, daß die Tarifrevision nicht den von den Gehilfen erwarteten Ausgange geschaffen hat.“ In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit wurden die weiteren Punkte der Versammlung vertagt.

## Rundschau.

Im Prozeß um die Tarifgemeinschaft, der von Leipziger Steinbruckerarbeitern gegen die Hilfsarbeiter wegen angeblichen Tarifbruchs angeklagt wurde, hat inzwischen der erste Termin vor dem Leipziger Landgericht stattgefunden. Die Urfragen und sonstigen Einzelheiten dieses Prozesses haben wir in den Nr. 118 und 122 des „Ror.“ schon kurz zur Kenntnis unserer Leser gebracht, weshalb wir an dieser Stelle darüber hinweggehen und uns auf die Wiedergabe des Ergebnisses aus dem ersten Verhandlungstermin beschränken können. Es beantragten danach die Vertreter der lithographischen Anstalten, das Landgericht möge die Arbeiter des Tarifbruchs schuldig erklären und sie zu Schadenersatz und Zurücknahme der Sperre verurteilen. Der Vertreter der Hilfsarbeiter beantragte dagegen, die Klage abzuweisen, weil das Zivilgericht nicht zuständig und der öffentliche Rechtsweg ausgeschlossen sei. Die Unternehmer führten zu ihrer Rechtfertigung an, sie hätten die Hilfsarbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen müssen, nachdem die Lithographen und Steinbrucker die Arbeit niedergelegt hätten. Es handle sich daher nicht um Tarifbruch der Unternehmer. Eine Waffenbindung sei nur dann als Tarifbruch anzusehen, wenn sie zu einem besonderen Zweck erfolge. Dies treffe hier nicht zu. Der Tarifvertrag sei etwas so Wichtiges, daß er einen besonderen Rechtsschutz erfordere. Die Arbeiter hingegen stützten sich auf die Vorschriften ihres Tarifvertrags, wonach die allgemeinen Bestimmungen auf dem Buchdrucker tarif basieren und daher dessen Grundzüge Anwendung finden müssen. Hiernach aber müßten zunächst die Gehilfenvereinsvertreter eingreifen, wenn Mitglieder der Schiedsgerichte sich weigern, ihre Funktion auszuüben. Dann erst habe das Landgericht einzugreifen. Die Durchführung des Tarifs habe das Landgericht zu befragen. Wenn diese Instanzen erschoöpft seien, müsse das Gewerbeamt angerufen werden. Erst nach Erschöpfung aller dieser Instanzen sei der ordentliche Rechtsweg zulässig. Für diese Auffassung wurde die Vernehmung der Herren Wigenstein und Giesecke vom Tarifamt der Buchdrucker in Berlin beantragt. Ein weiterer Termin wurde für den 8. November anberaumt.

Zur Warnung für Maschinenfeger. Die Fachschrift „Presse-Buch-Papier“ berichtet über einen eigenartigen Unfall eines Maschinenfegers in einer Berliner Druckerlei, der sich beim Bugen der Maschine mit Versatz ereignete. Aus noch unbekannter Ursache zeigte sich am hinteren Teile des Lasters eine kleine Flamme. Der Seher wollte diese ausbläsen, das gelang ihm aber nicht, sondern es entstand eine Stichflamme, die seine Kleider in Brand setzte und mehrere Brandwunden zur Folge hatte.

Soziale Rechte und Pflichten stellt der auch den Lesern des „Ror.“ nicht unbekannt fortgeschrittene Sozialpolitiker „Herrn Böttcher“ in einer „föhrer“ erschienenen Broschüre mit erfreulicher Klarheit und Deutlichkeit einander gegenüber. Er schreibt: „Da der einzelne Unternehmer kein Interesse an der dauernden Leistungsfähigkeit seines Personals hat, sondern jeden Abwegigkeit stets durch eine andre, junge Kraft ersetzen kann, so liegt die Versuchung recht nahe, daß er die Arbeitskräfte übermäßig ausnützt; daß er (kaufmännisch gesprochen) ohne Rücksicht auf lange Verzinsung nur auf hohe Verzinsung der menschlichen Arbeitskraft setzt; daß er durch Raubbau an der Gesundheit seiner Mitmenschen sich wirtschaftliche Vorteile schafft. Dieser Raubbau und diese Abhängigkeit bedeutet nicht nur eine Überverteilung des Arbeitnehmers, aus dessen Arbeit allein Zins und Rente fließen, sondern auch eine Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte, einen Verstoß gegen den Kantischen Moralsatz vom Selbstzweck jedes Menschen. Es bedeutet zugleich auch eine schwere Verletzung des Gesamtinteresses. Denn der Staat ist um seiner Bürger willen da; er muß vor allem Leben, Gesundheit und Arbeitskraft der Millionen schützen; diese müssen ihm aus kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Gründen wichtiger sein als die Verzinsung des in den Unternehmungen angelegten Kapitals oder irgendwelche andre Rücksichten. Denn in den Bürgern steht der meistaus größte Teil des Nationalvermögens. Gegen 100 Milliarden hat die Erziehung unserer 65 Millionen Menschen gekostet. Gegen diese Summe verschwindet das auf etwa 300 Milliarden geschätzte Sachgütervermögen. Die übermäßige Ausnutzung der arbeitenden Millionen durch die Arbeitgeber, der Raubbau an der Gesundheit und Arbeitskraft durch überlange Arbeitszeit, Unterernährung, Mangel an Nachtruhe, Sonntagsruhe, Erholungsurlaub usw. bedeutet eine schwere Schädigung des Volkvermögens, eine Vergeudung der in den Menschen investierten Milliarden. Das wichtigste volkswirtschaftliche Interesse an der möglichst langen Erhaltung der Arbeitskraft jedes einzelnen, das sich mit dem wichtigsten politischen Interesse deckt, erfordert einerseits Schutzmaßnahmen, namentlich eine Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit; andererseits eine Fürsorge für die Zeiten der Arbeitsunfähigkeit durch soziale Versicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Altersversicherung; Witwen- und Waisenversicherung; Mutterschaftversicherung; Arbeitslosenversicherung usw.). Hier liegen die großen sozialen Probleme des zwanzigsten Jahrhunderts, die von Recht und Sittlichkeit gemeinsam gelöst werden müssen, nachdem die Technik ihren Anteil geleistet und die Vorbedingungen für die Lösung gegeben hat. Wie ist es zu erreichen, daß trotz Verdrehung unserer Volksganz auf jeden einzelnen unserer 65 Millionen ein Mehr an wirtschaftlichen und geistigen Gütern, an Zivilisation und Kultur kommt als auf den einzelnen der

20 Millionen zu Goethes Zeit? Für die Vertretung richtiger Sozialpolitik braucht es nur der Erkenntnis zweier einfacher Wahrheiten: das Volk ist der Staat! und: das Volk ist das Nationalvermögen! Wer diese beiden Wahrheiten anerkennt, gehört zu den sozialen Parteien. Ob diese Parteien in ihrem Namen und Wirken das Soziale besonders betonen oder das Liberale oder auch das Demokratische, das macht keinen entscheidenden Unterschied. Sie alle drei treffen sich in dem Urtum vom Werte der Persönlichkeit. Sie stehen im Kampfe gegen die politischen und wirtschaftlichen Mächte, die zur Niederdrückung der Persönlichkeit schon gerüstet sind.“ Interessant sind weiter noch die Darlegungen Böttchers über die Frage der sogenannten Arbeiterinteressen. Es heißt da: „Jeder Stand hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, seine Interessen im Wettstreit mit den andern Gruppen zu behaupten und durchzusetzen, soweit er überzeugt ist, daß es im Gesamtinteresse notwendig und segensreich ist, Leiber ist das ja überall der Fall. Jeder Stand hält sich für besonders notwendig, seine Bevorzugung vor andern (das man selbst stets „Gleichberechtigung“ nennt) für ein Staatsinteresse. Das ist an sich schon ein Grund, warum kein Stand zurückbleiben darf mit seinen Interessen, damit die „mittlere Linie“ nicht von vornherein an einer falschen Stelle ansetzt. Wie weit der einzelne Stand recht hat, lehrt die Unterfertigung der nicht unmittelbaren Interessierten; lehrt oft die öffentliche Meinung und hinterher die Geschichte. Für die Berechtigung der Arbeiterbewegung spricht allgemein ein Dreifaches: Unser Recht und unsere Politik haben unter dem Einflusse römischer Juristerei und altgewohnter Herrschaftsverhältnisse bisher ganz vorwiegend den Interessen des Vermögens, der Produktion und des Arbeitgebers gedient. Nachdem aber die Masse derer, die ihre Existenz aus ein Arbeits- oder Dienstverhältnis gründen, nahezu 40 Millionen in Deutschland erreicht hat, ist es zweifellos eine Notwendigkeit, das Recht und Politik stärker als bisher den Grundbesitz anerkennen: der Staat ist um der Menschen willen da; sein Hauptreichtum liegt in seinen arbeitenden Bürgern; wichtiger als Zins und Rente ist die Arbeitskraft der Millionen; das oberste Gesetz muß die Erhaltung von Leben, Gesundheit und Arbeitskraft der gegenwärtigen und der kommenden Generation sein.“ Das ist unzweifelhaft ein so vernünftiges Programm, daß man sich nur über die große Zahl derjenigen wundern muß, die im Lande der Denker und Dichter sich damit noch nicht einverstanden erklären wollen. Die freien Gewerkschaften bauen schon seit Anfang ihres Bestehens auf den von Böttcher jetzt erst zusammengefaßten wirtschaftlichen Gesichtspunkten ihre ganze Tätigkeit auf.

Ein Arbeitersekretär wird am 1. Januar 1912 nach Bremerhaven gesucht. Das Gehalt richtet sich nach den Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse. Bewerbungen nur tüchtiger Kräfte sind sofort an Otto Jerte in Lehe, bei Bremerhaven, Neudorfstraße, zu richten.

Genossenschaftliche Großbetriebe der Kleinmeister tauchen im Vädergewerbe immer mehr auf. So haben die Danziger Wädereister vor längerer Zeit für die Herstellung von Brot eine Genossenschaft gegründet, so daß die Wäder selbst im eignen Betriebe nur noch die Brötchen herstellen. Etwas Ähnliches plant man neuerdings in Pönn. Auch dort wollen die Wädereister sich eine genossenschaftliche Brotfabrik gründen, um so der Konkurrenz der Brotsfabriken gewachsen zu sein. Die Rheinische Genossenschaft zur Förderung von Handwerk und Gewerbe will das Unternehmen beim Ankaufe der Maschinen unterstützen. Da die Wädereister die Genossenschaftsarbeit anderer vielfach angehen, so fehlt ihnen, trotz des in großem Maßstab organisierten Hebebezugs, doch das rechte Verständnis für die eigne genossenschaftliche Arbeit. Infolgedessen findet der Gebante, das Brot genossenschaftlich in einer großen Fabrik herzustellen, verhältnismäßig schwer Eingang. Die Tatsache selbst, daß die Wädereister diese Schritte tun, zeigt aber, wie überlegen der Großbetrieb auf dem Gebiete der Brotherstellung ist. Auch die Kolonialwarenhändler haben in Bremen und Breslau denselben Schritt getan, auch sie stellen das Brot im genossenschaftlichen Großbetriebe her. Diese Entwicklung ist außerordentlich bemerkenswert. Denn gerade die Wädereister galten im allgemeinen bisher als die rückständigsten Funktionäre. Nun müssen sie aber auch die Segel vor der maschinellen Produktion streichen. Sie tun das aber in ganz schlaue Weise, indem sie ohne weiteres den größten Teil ihrer bisherigen eignen Arbeit zugunsten eines Großbetriebs preisgeben, jedoch mit der Berechnung, sich trotzdem als Kleinmeister die Vorteile der Großbetriebsproduktion als Zwischenhändler und Teilhaber am Reingewinne des Großbetriebs zu sichern. Dieses Vorgehen zeigt, daß das Handwerk bei vernünftiger Umwälzung seiner Lage und seiner durch den Großbetrieb gefährdeten Ausflüchten ganz auf noch andere Auswege zur Verfügung hat, als sich rettungslos verloren zu geben. Die Konsumenten sollten aber aus diesem Beispiel einer Handwerksorganisation erkennen, daß auch die Konsumentenorganisation mit eignen größeren Genossenschaftsbetrieben besser fahren wird, als mit der auf Interessellosigkeit beruhenden Unterstützung des Zwischenhandels.

Aus der Niederung der Schwindkassen. Wie die „Schwäbische Raqmacht“ in Stuttgart mitteilt, ist die „Allgemeine Deutsche Krankenkasse in Stuttgart“ in Liquidation getreten und verlangt nun noch nach § 31 des Hilfskassengesetzes von ihren Mitgliedern Haftung für Zahlungen nach ihrem Austritt.

Die soziale Struktur der Reichstagswählererschaft sieht nach der Volkszählung von 1910 für die

kommenden Reichstagswahlen folgendermaßen aus: Es beträgt die Gesamtzahl der Wahlberechtigten 14 400 000, gegen 13 520 000 im Jahre 1907. Davon sind 57 Proz. unselbständig, 30 Proz. selbständig und 13 Proz. gehören Berufslosen an, die unter diese beiden Sammelbegriffe nicht einzureihen sind, wie Staats-, Gemeindebeamten usw. Der Prozentatz der beruflich unselbständigen Wähler nimmt stetig zu, der der selbständigen immer mehr ab. Die Differenz hat sich seit 1882 so verhalten, daß heute die Zahl der Unselbständigen fast doppelt so groß ist als die der Selbständigen, während im Jahre 1882 das Verhältnis wie 52 zu 43 stand. Daneben wächst langsam die Schicht der übrigen Berufslosen, wie Beamte, Lehrer usw.

Der Umfang des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ist nach dem letzten Jahresberichte der Genossenschaften ein außerordentlich großer. Es gehörten dem Reichsverband am 1. Juli 1911 beinahe 20 000 Genossenschaften, und zwar 79 Zentralgenossenschaften, 13 203 Spar- und Darlehnskassen, 2148 Bezugs-, Molkerei- und 2018 sonstige Genossenschaften an. Der Kassenumfang belief sich im vergangenem Geschäftsjahr auf 4973 Millionen Mark, der gemeinsame Bezug der Zentraleinkaufs- und Verkaufsgenossenschaften stellte sich auf 207 Millionen Mark und der gemeinsame Absatz landwirtschaftlicher Produkte auf 80 Millionen Mark. Die von den einzelnen Spar- und Darlehnskassen gewährten Kredite summieren 1508 Millionen Mark und der Wert der von den Bezugs- und Verkaufsgenossenschaften umgesetzten Waren betrug 111 Millionen Mark, während die Molkereigenossenschaften 84 Millionen Kilo Butter erzeugten. Bemerkenswert ist bei diesem Kapitel besonders, daß auf dem diesjährigen landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Hannover beschlossen wurde, den Mitgliedern der Molkereigenossenschaften, die das Bestreben nach möglichst viel Milchgewinn haben, die Milch zu ungewissen Preisen, daß sie mit der Lieferung von Hausmilch zurückhalten, in entschiedener Weise zukünftig entgegenzutreten. Wenn schon eigene Berufsgenossen solche Beschlüsse fassen, dann muß die willkürliche Leistungsbeschränkung bei den Agrariern geradezu unheimlich sein. Und diese Klasse genießt staatlichen Schutzes wie keine andre in ganz Deutschland.

Wahlrecht und Armenunterstützung. In gegenwärtiger Zeit rückt die Frage der Armenunterstützung und des damit verbundenen Verlustes irgendwelcher Wahlrechte wieder in den Vordergrund des Interesses. Soweit dabei das Reichstagswahlrecht in Betracht kommt, gelten dafür nachstehende Bestimmungen: Als Armenunterstützung ist nicht mehr anzusehen: 1. Die Krankenunterstützung. Darunter fällt die von der Armen- oder Gemeindefürsorge für einen Arbeiter, der einer Krankenkasse nicht mehr angehört, gewährte ärztliche Hilfe durch den Armenarzt; ferner die Gewährung von Medikamenten und Heilmitteln, Krankenauspflege und bare Unterstützung in Gestalt von Krankengeld. Es handelt sich dabei um alle die Leistungen; die eine Krankenkasse gewähren muß; 2. die einem Ungeheuren wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege. Hierzu ist zu rechnen die für die Eltern, die Frau oder die Kinder des Wählers aus der Armenkasse gezahlten Kosten der Verpflegung in Krankenhäusern, Irren-, Blinden-, Taubstummen- oder ähnlichen Anstalten; 3. die Unterstützungen zum Zweck der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf. Als solche Unterstützungen kommen in Frage: Erlaß von Schulgeld, Lieferung von Schulbüchern für die Kinder, Entsendung nach Ferienkolonien, unentgeltlich von der Armenverwaltung verabreichtes Milchfrühstück und dergleichen Zuwendungen an die Kinder des Wählers; 4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage sind: Gewährung von Obdach, Heizung, Kleidung für den Wähler oder Angehörige, auch Geldunterstützungen gehören dazu. Diese Unterstützungen dürfen nicht dauernd, sondern müssen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage als vereinzelt Leistung gegeben sein. Es fallen hierunter auch noch die von der Armenverwaltung bezahlten Kosten für Verbindungen oder Beerbigungen der Angehörigen, immer unter der Voraussetzung, daß dadurch eine augenblickliche Notlage behoben werden sollte; 5. Unterstützungen, die erstattet sind. Sobald ein Arbeiter eine Unterstützung, die er im letzten der Wahl vorübergehenden Jahre erhalten hat, bis zur Auslegung der Wählerliste zurückzahlt, behält er sein Wahlrecht auf alle Fälle. Nach diesen neuen Bestimmungen sind also, wie die Regierung bei Beratung des Gesetzes erklärt hat, nur noch diejenigen vom Wahlrecht ausgeschlossen, die dauernd der öffentlichen Armenpflege aus andern als den unter 1-4 angegebenen Gründen zur Last fallen. Diejenigen Arbeiter, die seit dem Herbst vorigen Jahres eine dauernde Armenunterstützung erhalten haben, die nicht unter das hier erläuterte Gesetz fällt, können sich also ihr Wahlrecht durch Rückzahlung der Armenunterstützung auf jeden Fall sichern. Das war bisher nicht möglich; es mußten nach dem Wortlaute des Wahlgesetzes auch die Arbeiter in den Wahlkreisen gestrichen werden, die die empfangene Unterstützung zurückbezahlt hatten.

## Briefkasten.

D. B. in L.: Freundl. Dank für Mitteilung. — Pp. 3. in Oberwald: Wir sind dem sonst als zuverlässig bekannten Mittelschichtlichen Adressbuche gefolgt. Wenn Sie aber schreiben, es kommen nur acht Druckereien in Betracht, von denen sechs den Tarif anerkennen haben, so nehmen wir davon hiermit Notiz. Eine sachliche Kritik ist kein Gerunterreihen. Die Empfindlichkeit der kritikfähigsten

Kollegen ist eine ganz eigne Sache. — U. A. in S.: Von Zuschrift gern Kenntnis genommen. Sie sind aber zu optimistisch. Gegen den bemuhten Artikel, der uns sehr gefallen und nach Ihrer Behauptung gute Aufnahme gefunden hat, wird auch schon Sturm gelaufen. Es wandelt eben niemand ungestraft in den Spalten des „Korr.“ In unser Schicksal haben wir uns erst recht ergeben. Febl. Gruß! — Nach Dresden: Mitteilungen mit Dank empfangen. — G. R. in S.: Warum konnten denn die andern Kollegen das bewertestelligen und warum wir früher in gleicher Lage auch? — R. F. in Bernigrode: Einsendung (2,55 Mk.) war richtig. — R. W. in Berlin: 2 Mk.

## Verbandsnachrichten.

**Verbandsbureau:** Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I.  
Fernsprechanstalt VI, 1119.

**Bezirk Jossen.** Der Seher W. Kurvig, geb. 1881 in Straßburg (Hauptbuchnummer 40098), wird aufgebodert, den erhaltenen Vorstoß umgehend an den Kassierer R. Schülze, Berliner Straße 26, einzusenden, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

**Krefeld.** Der Seher Lorenz Garz, vermutlich in Düsseldorf in Kondition, wird um baldige Einlösung seines Verbandsbuchs von Bernhard Zahren, Vereinsstraße 31, hiermit ersucht.

**Saarbrücken.** Der Seher Norbert Seig, geb. in Neunkirchen am 10. April 1892, sowie der Schweizerdegen Hugo Samson, geb. in Neunkirchen am 6. Februar 1892, werden hierdurch aufgefordert, ihre Adresse beim Bezirkskassierer H. Heinzel, Futterstraße 16, anzugeben, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

## Adressenveränderungen.

**Kaufbeuren.** Vertrauensmann: Konrad Dippert, Remptener Straße 271 1/2.  
**Salzungen-Bad Liebenstein-Badha.** Friedrich Spengler, Salzungen, Kirchrain 68.

**Zur Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Oßersleben der Seher Otto Teubner, geb. in Egehn 1889, ausgel. das. 1907; war schon Mitglied. — Karl Kress in Halberstadt, Feldstraße 4.

In Jossen der Seher Eduard v. Wittner, geb. in Krotoschin 1886, ausgel. in Wanen 1906; war schon Mitglied. — Emil Möller in Jossen-Nachst-Neuenhof.

In Zweibrücken der Seher Karl Reize, geb. in Schweidnitz 1886, ausgel. das. 1904; war schon Mitglied. — Robert Böhm in Pirmasenz, Ringstraße 104.

## Arbeitslosenunterstützung.

**Kiel.** Der Seher Paul Christensen (Hauptbuchnummer 71173) aus Blumenthal hat auf der Reise von hier nach Kroppe seine Reiselegitimation verloren. Diese wird hierdurch für ungültig erklärt, da Ehr. ein Duplikat ausgestellt worden ist.

## Verammlungskalender.

**Sachsen.** Allgemeine Buchdrucker-Versammlung heute Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Hofmann“, Badstraße.  
**Hankensese.** Versammlung Sonnabend, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei David Dohndynden, Bahnhofstraße.  
**Hannstadt.** Maschinenwerkquartalsversammlung am Sonntag, dem 24. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Werkstattshaus“, Wisnarschstraße 19.

**Bessen.** Versammlung Freitag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Zivoli“.  
**Siebersfeld.** Bezirksversammlung Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Viktoriaaal“ (Otto Mertens) in Cölzke, Bachstraße.  
**Siebersfeld-Namen.** Maschinenwerkerverammlung am Sonnabend, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale Duffak, Ilbermann, Dampfer Straße.  
**Glückstadt (Holl.).** Versammlung Sonnabend, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Stadt Altona“.  
**Gotha.** Bezirksversammlung Sonntag, den 3. November, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus „Jung Mohren“.  
**Hannstadt.** Werkstattversammlung Montag, den 30. Oktober, abends 9 Uhr, im Vereinslokale, Reichenhofs 57 I.  
**Kassel.** Außerordentliche Bezirksversammlung Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkshaus“, Obere Karstraße 17.  
**Mün. Korrektorerverammlung** Samstag, den 28. Oktober, abends 9 Uhr, in der „Höherbrauerei“, Uhlhulstloster 1 I.  
**Steglich.** Versammlung Sonnabend, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkshaus“ (Zimmer 4).  
**Waldenburg.** Versammlung der Bezirksversammlung Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant „Gedenke“, Breiter Weg 108 II.  
**Potsdam-Humboldtsberg.** Maschinenwerkerverammlung Sonnabend, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, bei Reich, Wabesberger Straße.  
**Salzungen-Bad Liebenstein-Badha.** Versammlung Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in Salzungen, im Restaurant „Roh-Leimbacher Straße“.

## Carifauschuß der Deutschen Buchdrucker.

**Kreis IX.**  
Unterzeichneter ersucht die tarifreue Gehilfen des Kreises IX um Einsendung des auf je entfallenden Tarifbeitrags in Höhe von 20 Pf. pro 1911. Bei der Einsendung ist der Name des Betreffenden und der Name der Druckeret, in welcher derselbe konditioniert, anzugeben.  
Dresden, den 23. Oktober 1911.  
Carl Fiedler, Gehilfenvertreter,  
Rupperschmiedestraße 7 II.

# Vielen Kranken ein großer Segen!

**F. R., not. cand.,** in Stuttgart schreibt: Solange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch. Ich bin stets müde und abgespannt gewesen, hatte, obgleich ich blutarm war, immer Nasenbluten und sah aus wie der Tod. Ich nahm alle möglichen blutbildenden Mittel ein, aber von einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir bestellte für mich 30 Flaschen Lamscheider Stahlbrunnen; schon nach der ersten Flasche bemerkte ich eine wesentliche Besserung. Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hätte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends um 10 Uhr zu Bett legte, war ich nicht so müde als früher, wenn ich morgens aufwachte.

**Fr. D. in Klausthal:** Mit großer Freude teile ich Ihnen mit, daß mich Ihre berühmte Kur Lamscheider Stahlbrunnen von meinem seit langen Jahren quälenden Nervenleiden befreit hat. Alles ging ohne Verunsicherung; meine Gesundheit hat sich nicht nur gebessert, sondern ich bin jetzt vollständig hergestellt.

**Geheimrat Prof. Dr. med. L.: Deutschland** besitzt in dieser Eisenquelle einen Heilgig ersten Ranges, der es verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden.

Warm empfohlen bei Blutarmut, Fleischsucht, verschiedenen Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten, wie Influenza usw. — Broschüren kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf O. 99.

# Gleißigen Akzidenzsetzer

(als Faktor), etwa 30 bis 40 Jahre alt, mit Befähigung zur Lehrlingsausbildung, in vertretende Stellung des Chefs (Lebensstellung, kautionsfähig, Anfangsgehalt 37 Mk. und Ferien), sucht **G. Wifferts Buchdruckeret und Zeitungsverlag**, Wandsb. d. E., Feldstraße 17-19. [20]

## Typographsetzer

(Modell A u. B), guter Maschinenkennner, korrekt und flott im Satz, sofort oder später gesucht. Nur erste Kräfte wollen sich melden unter Befähigung von Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung usw. [23]  
D. H. Chamissen, Londern.

## Züchtiger, korrekter Typographsetzer

für Modell A und B gesucht. [1]  
Kugsburger Buchdruckeret und Verlagsanst. G. m. b. H.

## Ein tüchtiger Monotypsetzer

weun möglich gelernter Schriftsetzer, findet bei uns sofort dauernde Stellung. Vervorbung unter Angabe der bisherigen Stellungen und der Gehaltsansprüche erbeten.  
Hinterläßt Hofbuchdruckeret, Alsenburg (S. H.).

**Schweizerdegen** z. 30. Oktober gesucht. Dauernde Stellung bei guter Bezahlung. Offerten sind zu richten an **J. E. Gedenstedt Nachf., Bremen.** [16]

## Komplettmaschinensetzer

wird gesucht.  
**G. Stober,** Schriftsetzeret, Leipzig, Brüderstraße 57. [27]

## Züchtiger, erstklassiger Galvanoplastiker

welcher speziell am Kupferfabrikation eint gearbeitet ist, zum sofortigen Eintritt nach Köln gesucht. Werte Offerten unter Nr. 23 an die Geschäftsstelle d. H. erbeten.

## Ein gebildeter Stereotypsetzer

(Seher oder Drucker) gesucht. Offerten mit Gehaltsforderung und Zeugnisabschriften erbeten an **J. Guthe** in Bremen. [13]

# Donauwörth.

Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Gasthause „Zur Post“:

## Versammlung.

**Tagesordnung:** 1. Berichterstattung von den Tarifverhandlungen. Referent: Gehilfenvertreter Joseph Seig (München); 2. Diskussion.  
Zu dieser wichtigen Versammlung ladet alle Kollegen (auch der umliegenden Druckorte) hierdurch ein.  
Der Einberufer: Mag. Reindl. [21]

### AKZIDENZSETZER

sucht baldigste Stelle in Leipzig. Leistet nur Gediegnes im Akzidenzsetz, Entwurf und Tonplatten-schnitt. Muster und Zeugnisse zu Diensten. Werte Angebote unter „Gute Leistung 17“ an die Geschäftsstelle d. H. erbeten.

### Deutsch-polnischer Seher

im Wert, Tabellen- und Akzidenzsetzern, wünscht sich zu verändern. Werte Offerten erbeten unter A. 10 postlagernd Ferner L. B.

### Zurichter

erste Kraft, perfekt in allen Systemen von Komplettschneidern (Schneidmaschinen) und Reparatur, sucht Stellung. Gute Referenz. Werte Offerten unter Nr. 911 an die Geschäftsstelle d. H. erbeten.

Die Bestellen zu **Engelmanns Buchdrucker-Kalender** für 1912 (18. Jahrgang) sind schon erschienen und enthalten ein überaus reichhaltiges Programm von solchen Beiträgen, die wie seit Jahren bekannt einen wirklichen Nutzen dem Käufer verschaffen. Der Kalender ist etwa vierzig Druckbogen stark, zerfällt in zwei Teile, von denen der erste Teil gebunden ist. Preis 1,50 Mk., franco 1,70 Mk. Auf sechs Kalender ein Preisermäßig. Prospekt mit vollständigen Aufsatze bitte umgehen gratis und franco zu verlangen, um eine Subskription einzuleiten. [14]  
Berlin W 35, Ullrichstraße 97.  
Julius Engelmann, Verlag.

### Technikum für Buchdrucker

Leipzig-R. 280. Bildungsstätte für Söhne von Buchdruckerelbesitzern und Buchdruckern, welche sich für leitende Stellungen vorbereiten wollen. — Vorbereitungskurs für die Meisterprüfung. — Man verlange Prospekt.

### Der goldene Schnitt. Die typographische Skizze.

Zwei Themata von großer Bedeutung für den fertigen wie den angehenden Akzidenzsetzer. Preis 1,50 Mk.  
Julius Mäser in Leipzig-R.

### Bierkrug

mit schön handgemaltem und eingetragtem Buchdruckerwappen und Inschrift: „V. d. D. B.“ zu Jubiläumswappen des beliebigen Gelegenheitsgeschenken sehr geeignet. 1/1 4 50 Mk., 1/2 1 6 Mk., empfiehlt K. Siegl 507. Katalog gratis. [11]

### Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.

**Donnerstag, den 16. November, abends 6 Uhr,** in der „Habsburgerstr.“, Bergmannstraße 5-7:  
**Generalversammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilung; 2. Jahresbericht und Bericht der Revision; 3. Aufstellung eines Kandidaten zum Vorstande; 4. Beschlußes. Der Vorstand.

Freitag, den 27. Oktober, abds. 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zum Senefelder“, Kaulbachstraße 16; Vortrag über das Ornament (Fortsetzung). Ausstellung von Druckarbeiten aus der Praxis. Beginn des Buchhaltungskurses am 7. November, 8-10 Uhr. [22]

### Maschinenfieberverein Nordwest

**Sitz Bremen.**  
Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, in Zeits Restaurant, Bremen, Kaufstraße 33.  
**Außerordentl. Generalversammlung.**  
Tagesordnung: Die Ergebnisse der Tarifberatung für die Maschinenfieber.  
Einen vollständigen Besuch erwartet  
Der Vorstand.  
Anhang zum Tarif von Konrad Eichler. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Bortol). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Gg. 23 61 (1), Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

Die verehrten Kollegen werden höflich um Angabe der Adresse des Druckers.

### Max Duldig

geboren. Letzte Kond. Magdaburg u. Leipzig. Albert Pöhl, Magab. Franziskanerplatz 6.

Wer Auskunft geben kann über den Inhalt, halt des Buchdruckers **Georg Bauer** (Hauptbuchnummer 929), geb. 13. April 1876 in Pöhl, wolle hier die Bitte tun an Frau **Wanda Bauer, Kasse I, Leipziger Straße 8 III.** [15]

**Achtung! Buchdrucker und verwandte Gewerbe.** Zerknüllt aller Kollegen bei Herrn **Berlin-Hildorf, Germaniastr. 5.** [87]  
„Korrepondent“ liegt aus!

Am 17. Oktober verstarb unser lieber Kollege

### Emil Bugdrowitz

im Alter von 56 Jahren.  
Möge ihm die Erde leicht sein! [19]  
Berlin, den 26. Oktober 1911.  
Das Personal der Buchdruckeret G. Bernstein.